

## Magistratsdirektion

### Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation (MDS)

Die MDS ist eine im Jahr 2003 aus sechs Personen bestehende Stabsstelle, deren Leitung sich der Magistratsdirektor selbst vorbehalten hat. Sie wurde im Rahmen der Neuorganisation der Magistratsdirektion im Juli 2001 eingerichtet.

Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind die Wahrnehmung strategischer Aufgaben der Weiterentwicklung des Magistrats sowie die Assistenz des Magistratsdirektors insbesondere im Bereich der internen Kommunikation, der Öffentlichkeitsarbeit sowie der strategischen internationalen Kontakte. Sie unterstützt den Magistratsdirektor bei der Analyse von für die Verwaltung relevanten Entwicklungen, beim Konzerncontrolling und Berichtswesen sowie bei der Vorbereitung von Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung und der Strukturreform.

Wien hat in den vergangenen Jahren bereits große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um eine klassische öffentliche Verwaltung zu einem modernen, effizienten und kundenorientierten Dienstleistungskonzern weiterzuentwickeln. Ein wichtiger Faktor dieses umfassenden Modernisierungsprozesses ist auch die Intensivierung der Kommunikation der Verwaltungsspitze nach innen und außen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit der MDS. Tatsächlich konnte in diesem Bereich ein Kulturwandel eingeleitet werden. Auf den Intranetseiten der MDS informiert der Magistratsdirektor über wichtige Themen, aktuelle Entwicklungen und grundsätzliche Überlegungen und bietet magistratsweit die Möglichkeit des Dialogs über E-Mail an.

Hauptziel der externen Öffentlichkeitsarbeit ist die verstärkte Positionierung des Magistrats als moderner, kundenorientierter Dienstleister. Verwaltungsmodernisierung und die Vermittlung einer modernen, transparenten Verwaltung zogen sich auch im Jahr 2003 als roter Faden durch die medialen Aktivitäten der MDS. Darüber hinaus stand die MDS auch anderen Geschäftsbereichen der Magistratsdirektion beratend und unterstützend bei Maßnahmen der internen und externen Kommunikation zur Verfügung.

Die rasante Veränderung der ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen – wie Globalisierung, europäische Integration, die Revolution der Informationstechnologien – stellen nicht nur die Wiener Stadtverwaltung vor neue Aufgaben. Andere Metropolen sind mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Die europäische Perspektive ist auch für die Städte immer wichtiger geworden. Die verbesserte Kommunikation zwischen den Verwaltungen der großen europäischen Städte innerhalb und außerhalb der gegenwärtigen Grenzen der Europäischen Union, die Vertretung gemeinsamer Interessen in Brüssel, Erfahrungsaustausch, Beratung und Wissenstransfer auf administrativer Ebene sind deshalb die Ziele einer Initiative des Wiener Magistratsdirektors, bei deren Umsetzung er von der MDS unterstützt wird. Im Jahr 2003 wurden unter anderem Arbeitstreffen mit den Verwaltungsspitzen von Ljubljana, Sofia, Prag, Riga, Vilnius, Bratislava und Brno organisiert. Auf diese Weise verdichtet sich sukzessive ein unbürokratisches, informelles und rasch funktionierendes Netzwerk des Spitzenmanagements europäischer Großstädte, zu dem unter anderem auch westeuropäische Metropolen wie Paris oder Dublin zählen. Intensiviert wurden auch die Kontakte und die Zusammenarbeit mit ausländischen diplomatischen Vertretungen in Wien.

### Magistratsdirektion – Präsidialabteilung (MDP)

Im Jahr 2003 sind der Präsidialabteilung des Bürgermeisters 6.702 Geschäftsstücke zugegangen.

Das Repräsentationsreferat hatte im Berichtszeitraum 423 gesellschaftliche Veranstaltungen, 17 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 123 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 423 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 118.621 Gästen besucht, von denen 48.430 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich des Central & Eastern European Investors Forums (780 Personen), des Festes der neuen Wiener 2003 (700 Personen), des Tiroler Balles 2003 „Hall grüßt Wien“ (768 Personen), des 23<sup>rd</sup> Annual Meeting and Scientific Sessions of the ISHLT (International



Im Juni war eine Delegation aus Vilnius im Front-Office im 15. Bezirk zu Besuch.

Foto: media wien

Society For Heart and Lung Transplantation) (1.170 Personen), des 24. Internationalen Wiener Motorensymposiums (723 Personen), des 8<sup>th</sup> International RNA-Kongresses 2003 (804 Personen), des Empfanges der Telekom Austria AG (785 Personen), der Benefizveranstaltung zu Gunsten der Vereine CliniClowns und Möwe (950 Personen), der 15. Jahreskonferenz der EAIE (European Association of International Education) (1.900 Personen), der Verleihung des Kleingartenpreises der Stadt Wien (760 Personen), der Ehrung der Österreichischen Staatsmeister 2002 (750 Personen), des 12<sup>th</sup> Annual Congresses of the European Association of Osseointegration (950 Personen), des 2<sup>nd</sup> EACTS/ESTS Joint Meetings (European Association for Cardio-thoracic Surgery and European Society of Thoracic Surgeons) (790 Personen), der Viennale 2003 (700 Personen), der Empfang von ausländischen Student/innen (1.080 Personen) und des Festtreffens ehemaliger Schweizerkinder (830 Personen).

#### Magistratsdirektion – Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten (MD-VD)

Mit Wirksamkeit 1. März 2003 wurde die Bezeichnung der Stabsstelle „Verfassungsdienst und Rechtsmittelangelegenheiten“ in „Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten (MD-VD)“ abgeändert. Mit gleicher Wirksamkeit wurde der Aufgabenkatalog der nunmehrigen MD-VD um die folgenden Bereiche erweitert: Angelegenheiten der europäischen Integration, wie Europäische Union (EU), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europarat, Ausschuss der Regionen sowie urbane und regionale Vereinigungen und Initiativen auf EU-Ebene einschließlich der damit verbundenen Außenkontakte, ausgenommen die von anderen Referaten der Magistratsdirektion wahrgenommenen Bereiche.

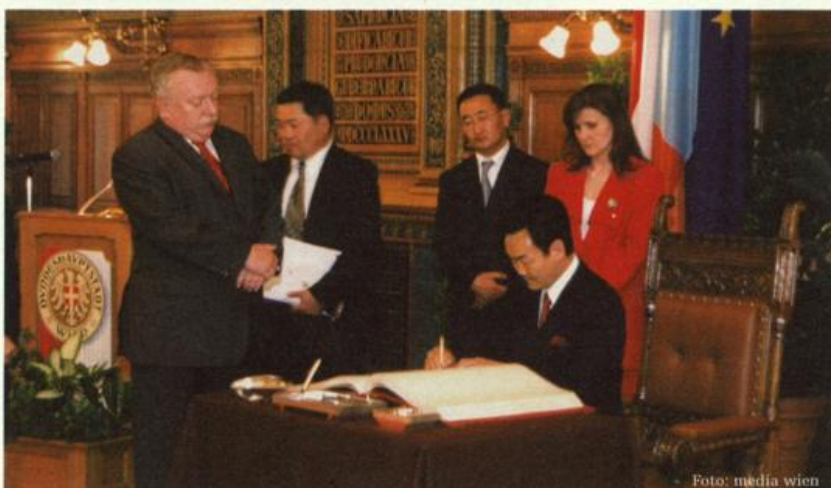
Der MD-VD wurde im Berichtsjahr auch die Führung der Geschäftsstelle der Europakommission des Wiener Gemeinderates und die Führung des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel übertragen.

Zur Wahrnehmung dieser neuen Aufgaben wurde innerhalb der MD-VD die **Stabsstelle „Europäische Integration“** eingerichtet. Neben Routinetätigkeiten, die in der internen Einholung und der externen Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Rechtsakten, Berichten und Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission, zu Berichten und Initiativen von Ratsgremien sowie zu Vorlagen des Europäischen Parlaments liegen, gehört sowohl die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen der Europakommission des Wiener Gemeinderates als auch die Vorbereitung deren Veranstaltungen zu den wesentlichsten Aufgaben.

Ein weiterer Aufgabenbereich der genannten Stabsstelle ist die **Vertretung der Stadt Wien im Ständigen Ausschuss der UCUE** (Union des Capitales de l'Union Européenne). Dabei handelt es sich um eine eigenständige, nicht profitorientierte Vereinigung der Hauptstädte der

#### Im Jahr 2003 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

18. Juni	S.E. Staatspräsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien Abelaziz Bouteflika
3. Juli	S.E. Staatspräsident der Mongolei Natsagiin Bagabandi



Der mongolische Staatspräsident Natsagiin Bagabandi trug sich im Juli in das Goldene Buch der Stadt Wien ein.

#### Besuche von Bürgermeistern und hochrangigen Gästen 2003:

7. Jänner	Chairman LA Board of Supervisors Zev Yaroslavsky
9. Jänner	Primator der Stadt Prag Pavel Bem (anlässlich der Veranstaltung „Wien und seine Nachbarn“)
23. Jänner	Stadtpräsident von Zürich Dr. Elmar Ledergerber
29. Jänner	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský
11. Februar	Elisabeth Gateau, Europäischer Konvent
27. Februar	Bürgermeister von Luxemburg Paul Helminger (anlässlich des Wiener Opernballs)
13. März	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský
14. März	Bürgermeisterin von Dubrovnik Dubravka Suica
23. April	UN Generalsekretär Kofi Annan
19. Mai	Bürgermeister von Muscat Abdullah bin Abbas bin Ahmed
19. Mai	Präsident der Provinz Ligurien Dr. Sandro Biasotti
6. Juni	Die Nobelpreisträger Univ.-Prof. Dr. Eric Kandel und Univ.-Prof. Dr. Walter Kohn
17. Juni	Wojwode von Kleinpolen Jerzy Adamik
18. Juni	Staatspräsident von Algerien S.E. Abdelaziz Bouteflika
24. Juni	Bürgermeister von Novi Sad Borislav Novakovic
3. Juli	Staatspräsident der Mongolei S.E. Natsagiin Bagabandi
3. bis 4. Juli	Bürgermeisterin von Ljubljana Danica Simsic
1. bis 3. September	Bürgermeister von Sana'a Ahmad Mohammad Al-Kahlany
3. September	Bürgermeister von Zlin Mag. Tomas Ulehla
23. bis 24. September	Bürgermeister von Minsk Michail J. Pawlow
8. Oktober	Ministerpräsident des Kantons Sarajevo Mag. Denis Zvizdic
23. Oktober	Yossi Beilin Yasir Abd Rabbou
28. Oktober	Bürgermeister der Stadt Bratislava Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský (Kooperation Wirtschaftskammer)
18. November	Altbürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek
20. November	Generaldirektor des Nokia Konzerns Jorma Ollila (anlässlich des Schumpeterpreises)
24. November	Nobelpreisträger Imre Kertesz

# Magistratsdirektion

## Auslandsreisen des Bürgermeisters im Jahr 2003:

17. Februar	Brüssel	Konferenz zum Thema „Kohäsionspolitik“
26. März	Berlin	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds – Präsentation
15. bis 16. Mai	Posen	RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) – Hauptausschusssitzung und Europäischer Gemeindetag
12. Juni	London	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds – Präsentation
13. Juni	Paris	Podiumsdiskussion zum Thema „Stadtplanungspolitik“, Eröffnung der Wiener Architekturausstellung auf Einladung von Herrn Bgm. Bertrand Delanoë
5. und 6. Juli	Moskau	Moskauer Bierfestival auf Einladung von Herrn Obgm. Juri Luschkow
17. Oktober	Belgrad	Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer

## Im Jahr 2003 wurden folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen vorbereitet und durchgeführt:

19. Februar	Eröffnung der Landeskonferenz 2003 für die Mitarbeiter/innen des Pensionistenverbandes Österreichs
19. Februar	Eröffnung der Ausstellung „Jüdischer Widerstand“
23. März	Eröffnung der Messe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen „Jeder für Jeden“
27. März	Eröffnung des Steiermark-Frühlings
7. April	Eröffnung der neuen Hauptbibliothek der Stadt Wien in 7., Urban-Loritz-Platz 2A
9. April	Eröffnung des Kongresses „Enter the Past – The E-Way into the Four Dimensions of Cultural Heritage“
9. Mai	Eröffnung der Wiener Festwochen 2003
4. Juni	Eröffnung der Informationsveranstaltung 30-jähriges Bestehen der Firma VA TECH SAT GmbH & Co
24. Juni	Eröffnung der Internationalen Konferenz „Urbanes Krisenmanagement in Europa am Beginn des 3. Jahrtausends“
5. Juli	Eröffnung des 32. Internationalen Jugendmusikfestivals „Jugend und Musik in Wien 2003“
8. September	Gedenktafelenthüllung – Erinnerung an den Wien-Besuch Ihrer Majestäten dem Kaiser Akihito und der Kaiserin Michiko von Japan am 14. Juli 2002
15. September	Eröffnung der 8. Internationalen Metropolis-Konferenz
1. Oktober	Eröffnung der Internationalen wissenschaftlichen Tagung „Bild und Wahrnehmung der Stadt“
13. Oktober	Eröffnung der Ausstellung „Mittel.Punkt: Zeitgenössische Plakate aus Mittel- und Osteuropa, Malta und Zypern“
10. November	Eröffnung der Jahrestagung der Internationalen Vereinigung der Richter
17. November	Eröffnung der Wiener Buchwoche 2003
1. Dezember	Eröffnung des Kunst-Adventkalenders auf dem Wiener Rathaus

## Im Jahr 2003 fanden in der Volkshalle des Wiener Rathauses nachstehende Ausstellungen statt:

19. bis 31. März	Widerstand der Juden im 2. Weltkrieg (1.100 Personen)
7. bis 18. September	Visas for Life (960 Personen)
14. bis 29. Oktober	Zeitgenössische Plakatkunst in Mittel- und Osteuropa (800 Personen)
16. November bis 24. Dezember	Wiener Adventzauber 2003 (300.000 Personen)

Europäischen Union. Ziel dieser Vereinigung ist es, den ständigen Kontakt zwischen den Stadtverwaltungen der Mitgliedstädte aufrecht zu erhalten, um so das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl und das gegenseitige Verständnis zu stärken und dadurch zur Förderung des Europagedankens in den Mitgliedstaaten der EU beizutragen. Im Berichtsjahr 2003 haben im Juni und im November Sitzungen des Ständigen Ausschusses bzw. eine Tagung der Generalversammlung in Madrid stattgefunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Berichtsjahr unter anderem auch in der Neustrukturierung des Informationsflusses betreffend der für die Stadt Wien relevanten Themen und Rechtsakten. An Veranstaltungen hat die Stabsstelle das „Symposium über die Ergebnisse des EU-Konvents“ für die Europakommission des Wiener Gemeinderates organisiert, das am 16. September 2003 im Wiener Rathaus stattgefunden hat. Dabei wurde der am 10. Juli 2003 unterzeichnete und vom Europäischen Konvent erarbeitete Entwurf eines Europäischen Verfassungsvertrages vor allem im Hinblick auf die Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Schaffung einer eigenen Rechtsgrundlage zur Regelung der Leistungen der Daseinsvorsorge für die Städte und Regionen diskutiert.

Die Aktivitäten des von der MD-VD geführten „Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel (VBB)“ standen überwiegend im Zeichen der Beschäftigung mit den Liberalisierungsplänen der Kommission in den Bereichen der „Daseinsvorsorge“, d. h. in den (bislang) öffentlichen Dienstleistungen, wie Nahverkehr oder Wasserversorgung. Dieses für die Städte und Gemeinden eminent wichtige Thema dominiert die Arbeit des VBB bereits seit 1998, wurde aber durch Erscheinen des „Grünbuchs“ zu den Diensten im Allgemeinen oder im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse der Kommission einerseits und durch das EuGH-Urteil zum Fall Altmark-Trans („Magdeburg“) sowie durch die Mitteilung der Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit in großem Stil wieder in die europäische Agenda eingebracht. Weiters wurden die Vorgespräche zur Reform der Strukturfonds ab 2007 weitergeführt – hier brachte sich das VBB in diversen Netzwerken zur Stärkung der Städtepolitik der EU im Allgemeinen ein.

Die Wahrnehmung der Berichtspflichten rund um die Fachkommission COTER (territoriale Kohäsion) und die Plenartagungen des Ausschusses der Regionen, aber auch die Teilnahme an Hearings des Europäischen Parlaments und der Kommission rundeten die Aktivitäten des Verbindungsbüros ab. Die weit reichende Berichtstätigkeit bezog sich weiters auch auf allgemeine Themen, wie z. B. die Verhandlungen rund um die Neustrukturierung der EU-Institutionen („Konvent“) im Hinblick auf die Erweiterung der EU.

Das Wien-Haus als Plattform für fachliche und kulturelle Aktivitäten hat sich als prestigeträchtiger Treffpunkt insbesondere für die deutschsprachigen EU-Europäer in Brüssel fest

etabliert. Nahezu allmonatlich finden Kulturabende statt, darunter eine „Wiener Vorlesung“, oder Themenabende mit Podiumsdiskussionen („Daseinsvorsorge“).

Mit Vorträgen über die Aufgaben eines Regionalbüros in Brüssel bzw. über Organisation und Arbeitsweise der EU war das Verbindungsbüro auch Anlaufstelle für zahlreiche **Besucherguppen** aus Wien, u. a. von der Diplomatischen Akademie. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Mitwirkung des Verbindungsbüros bei der Organisation zahlreicher Besuche zu verweisen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen die Ausbildung und Schulung von **Praktikant/innen** aus den **Stadtverwaltungen** der Beitrittsländer einen breiten Raum einnahmen, hat das Verbindungsbüro 2003, also „kurz“ vor dem eigentlichen Beitritt der zehn neuen Länder, nur mehr einen Gast aus Pilsen (Tschechien) betreut. Dies ermöglichte es, die so genannten Praktikantenplätze Wiener Magistratsbeamt/innen, entweder zur mehrmonatigen Ausbildungszeit oder zu kurzzeitigen Aufenthalten zur Bearbeitung wichtiger strategischer Themen, zu überlassen.

Neben diesem neuen, umfangreichen Aufgabenbereich und Tätigkeitsbereich lag ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der MD-VD auf dem Gebiet des **legistischen Dienstes**. In diesem Zusammenhang waren 322 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 54 Landesgesetzen und 56 Verordnungen einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Des Weiteren wurde die Kundmachung von 22 Gesetzen, 42 Verordnungen und fünf Kundmachungen im Landesgesetzblatt veranlasst. Bei den rechtlichen Angelegenheiten der Europäischen Integration fielen 718 Geschäftsstücke an.

Neben der Weiterführung und Anpassung des internen Schulungs- und Weiterbildungsangebotes an den im Berichtsjahr geänderten Aufgabenkatalog wurde das bisherig auf Initiative der MD-VD gestartete **Weiterbildungsprogramm für Jurist/innen** der Stadt Wien auf dem Gebiet der Legistik im vergangenen Jahr zu einem fixen Bestandteil im Veranstaltungsprogramm der MD-VA. Das in zwei Module aufgeteilte Legistikseminar vermittelt unter starker Beachtung praxisbezogener Beispiele rechtssetzungstechnische Grundsätze für eine verständliche Rechtssprache, wichtige europarechtliche und verfassungsrechtliche Grundsätze. Ein wichtiger Schwerpunkt ist auch die Behandlung der anfallenden Gesetzesfolgekosten. Im Zuge des Legistikseminars werden den Zuhörer/innen auch die Wahlfächer Recht der Technik, Finanzrecht, Vergaberecht und Dienstrecht angeboten. Ein Angebot, das von den zahlreichen Teilnehmer/innen offenbar gerne angenommen wird.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der MD-VD lag in der Vorbereitung und Herausgabe von Erlässen. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt sieben Erlässe vorbereitet bzw. heraus-



Foto: MD-VD

*Im November fand im Verbindungsbüro in Brüssel gemeinsam mit der Arbeiterkammer Wien eine Podiumsdiskussion zum Thema Daseinsvorsorge statt.*

gegeben. Hervorzuheben wäre die Ausarbeitung des Erlasses betreffend der elektronischen Abwicklung des Verfahrens zur Erstellung von Rechtsverordnungen. Entsprechend dieser Dienstweisung hat das Ersuchen um Genehmigung des externen bzw. der gleichzeitigen Durchführung des internen und externen Begutachtungsverfahrens an die MD-VD sowie das Ersuchen um Stellungnahme an die im Begutachtungsverfahren beigezogenen Dienststellen unter Beischluss des Textgutes ausschließlich auf elektronischem Weg zu erfolgen. Die beigezogenen Dienststellen haben ihre Stellungnahmen an die federführende Dienststelle ebenfalls ausschließlich auf elektronischem Weg zu übersenden.

Der MD-VD oblag im Berichtsjahr auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, Abgabenberufungskommission, des Berufungssenates, des Landesagrarsenates und der Bauordnungskommission. Ein Mitglied der MD-VD gehörte dem Vergabekontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied an.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 619 Geschäftsfälle an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MD-VD unter Einbindung der befassten Fachdienststellen erledigt.

Im Rahmen der Bauordnungskommission fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwändige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

In Bauangelegenheiten waren 459 Rechtsmittelsachen, darunter fünf Verfügungen (Auf-

forderungen zur Erstattung von Gegenschritten usw.) des Verfassungsgerichtshofes und 32 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie 31 Devolutionsanträge zu bearbeiten. Weiters waren 101 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

An sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 249, darunter sechs Verfügungen des Verfassungsgerichtshofes und 69 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofes sowie fünf Devolutionsanträge an. Überdies waren 646 Akten des Berufungssenates zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen. Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden ebenfalls überprüft.

Im Übrigen wurden Angehörige der MD-VD zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen der MD-VD besorgt.

## Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrecht (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrecht hat 2003 zu 44 Gesetzesentwürfen – vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien – vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben. Breiten Raum nahmen auch die Begutachtungen von EU-Richtlinien ein. Im Bereich der Disziplinaranwaltschaft wurden 33 Disziplinarsachen bearbeitet. In 56 Fällen haben Mitarbeiter der MDZ in Sitzungen der Vergabekommissionen zur Zielsetzung der Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens beigetragen. Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 552 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, wobei Vergabeangelegenheiten einen weiteren Schwerpunkt bildeten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 288 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im Übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 44 Mahnklagen eingebracht werden. 180 Gerichtsverfahren konnten im Jahre 2003 abgeschlossen werden, wobei 154 Prozesse gewonnen werden konnten und nur 26 verloren gingen. Der Gesamtstreitwert betrug 18.250.778,14 EUR, dabei konnten solcherart 17.735.411,23 EUR „erstritten“ werden. Dies entspricht bei den Streitwerten einer Quote von 97 Prozent Gewinner zu 3 Prozent verlorenen Verfahren.

In 189 Beschwerden vor dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof wurden die zugesprochenen Kosten – teilweise im Wege der Exekution – eingehoben bzw. angewiesen. Ferner waren 195 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 200 sonstige Exekutionen (davon 78 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesscausen) und 599 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 616 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten. Schließlich waren noch 287 Rechtshilfersuchen, drei Strafsachen und 50 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften etc.) zu bearbeiten.

## Magistratsdirektion – Bereichsleitung Dezentralisierung (MD-BLD)

Gemäß den Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wurden im Verwaltungsjahr 2003 der Bereichsleitung Dezentralisierung 215 Anträge und sechs Anfragen der Bezirke zur Weiterbearbeitung bzw. Erledigung durch die jeweils zuständige Fachdienststelle übermittelt.

## 15 Jahre Dezentralisierung

Mit dem Jahr 1979 wurde der politische Auftrag an die Verwaltung erteilt, die Bezirke in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung einzubinden. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen, wie die Änderung der Wiener Stadtverfassung und die Erlassung von Bürgermeisterverordnungen, wurden vorbereitet und geschaffen.

Die Aufgaben, die den Bezirken im Jahr 1988 in diesem Sinne übertragen wurden, sind Grundelemente der Bezirksdemokratie. Die Stadtverwaltung hat sich somit auch mit ihren Rechten und Pflichten in die Bezirke verlagert. Die Dezentralisierung hat den Bezirksorganen ein Instrument in die Hand gegeben, bezirksbezogene bürgernahe Entscheidungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe, rasch und effizient umsetzen zu können.

Auf Grund des 15-jährigen Bestandes der Dezentralisierung der Verwaltung wurde eine Sonderausgabe der Schriftenreihe „Perspektiven“ veröffentlicht. Diese Broschüre beinhaltet die Idee, die Entwicklung und die Umsetzung der Dezentralisierung sowie die Erfahrungen der Bezirke.

## Informationen an die Bezirke und von den Bezirken

Die vom Magistratsdirektor nominierten Bezirkskoordinator/innen haben im Jahr 2003 an neun Jour fixe-Besprechungen teilgenommen. In diesen Besprechungen erfolgte mit der Bereichsleitung Dezentralisierung ein entsprechender Informationsaustausch. Einerseits konnten allfällige Wünsche der Bezirke erläutert und andererseits

wichtige Informationen den Bezirken übertragen werden. Ferner hatten im Rahmen dieser Jour fixe-Besprechungen Vertreter/innen städtischer Dienststellen die Möglichkeit, fachspezifische Themen in Angelegenheiten, die die Aufgaben der Dezentralisierung berühren, vorzutragen bzw. zur Diskussion zu stellen. Ebenso wurde den Bezirkskoordinator/innen die in den diversen Medien veröffentlichten, bezirksbezogenen Artikel zur Information und allfälligen Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

#### Budgetäre Betreuung von Haushaltsmitteln

Im Zusammenhang mit der Herstellung von Hauptstraßen in den einzelnen Bezirken wurden entsprechende Zuweisungen für überregionale Maßnahmen, die in den Bereich der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr fallen, verwaltet und die hierfür erforderlichen Anträge dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Genehmigung der Kostenersätze vorgelegt. Diese finanziellen Zuweisungen beinhalten auch Maßnahmen, die mit der Herstellung, dem Ausbau bzw. der Umgestaltung von Straßen und Platzbereichen in Verbindung stehen. Die gesamten Zuweisungen betragen für das Jahr 2003 rund 6,382 Mio. EUR.

#### Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS)

##### Personalstandsangaben

Mit Stichtag 31. Dezember 2003 betrug der Personalstand der MD-PWS inklusive Karenzurlaubler/innen und Präsenzdienler 12.381 Beschäftigte, davon 1.585 Frauen, wobei der Wienstrom GmbH 3.168, der Wienenergie Gasnetz GmbH 1.028, der Bestattung Wien GmbH 374, der Wiener Linien GmbH & Co KG 7.680 sowie der Wiener Stadtwerke Holding AG 131 Bedienstete zugewiesen waren. Die Zahl der Pensionsparteien belief sich am 31. Dezember 2003 auf 12.287. Im Jahr 2003 betrug die Anzahl der Versehrtenrenten nach dem UFG 153. In 26 Fällen bestand ein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerpension nach diesem Gesetz.

Am 31. Dezember 2003 wurden im Rahmen des Konzerns insgesamt 276 Lehrlinge (einschließlich jener der Fernwärme Wien GmbH) beschäftigt; Zum gleichen Zeitpunkt im Jahr 2002 waren es 236 Lehrlinge. Die Ausbildung erfolgt u. a. in den Berufen Bürokaufmann/frau, Elektroniker/in, Elektroenergietechniker/in, Kraftfahrzeugtechniker/in (Elektriker/in), Maschinenbautechniker/in, Kommunikationstechniker/in, Nachrichtenelektroniker/in, EDV-Techniker/in und Sanitär- und Klimatechniker/in (Gas- und Wasserinstallation). Weiters sind per 31. Dezember 2003 2.129 Personen direkt bei den Gesellschaften des Konzerns (einschließlich jener der Fernwärme Wien GmbH) beschäftigt.

Im Berichtsjahr betrug die Anzahl der Ruhestandsversetzungen 350. Das Pensionsantrittsdurchschnittsalter betrug 2003 ca. 56,7 Jahre (Schema I: 56,3; Schema II: 57,3 Jahre). Am 31. Dezember 2003

waren 82 Bedienstete des Schemas II/IV, sowie 72 Bedienstete des Schemas I/III teilzeitbeschäftigt. Im Berichtsjahr wurden außerdem rund 300 Förderungen (Beförderungen, a. o. Stufenvorrückungen, Titelverleihungen) bearbeitet.

#### Allgemeines

Im Zuge des Projektes **Unternehmenskultur** entwickelten im Jahr 2003 mehrere Arbeitsteams mit Vertreter/innen aus allen Konzerngesellschaften, unternehmensspezifische und den Unternehmensstrategien entsprechende Führungsgrundsätze. Die gemeinsam erarbeiteten Führungsgrundsätze, untermalt anhand konkreter Praxisbeispiele, bieten sowohl für die Vorgesetzten als auch für die Mitarbeiter/innen einen Handlungsrahmen für ein konzernweit einheitliches Führungsverständnis. Ein begleitendes Schulungsprogramm für Führungskräfte wurde erarbeitet und wird 2004 implementiert.

#### Weitere Schwerpunkte:

- Umsetzung einer konzerneinheitlichen Stellenbeschreibung
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Implementierung eines konzernweiten Personalcontrollings mit der Zielsetzung, den Personalaspekt als einen der wichtigsten unternehmerischen Gestaltungsfaktoren transparent und überschaubar zu machen, um die Effizienz der betrieblichen Abläufe zu erhöhen.
- Praktische Anwendung des Projekts Leistungsbeurteilung für Kollektivvertragsbedienstete auf Basis einer modernen EDV-unterstützten Bewertungsmethodik sowie Pilotierung auch in einzelnen Bereichen des zugewiesenen Personals.
- Auswahl der Mitarbeitervorsorgekasse durch Abschluss von Betriebsvereinbarungen sowie operative Umsetzung der betrieblichen Mitarbeitervorsorge („Abfertigung Neu“) für Kollektivvertragsbedienstete.
- Vorbereitung und Abschluss von Betriebsvereinbarungen über die im Kollektivvertrag vorgesehene Pensionskassenregelung sowie Start der operativen Umsetzung.

#### Verrechnung der Pensionen

2003 wurden monatlich rund 12.291 Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern die Pensionsbezüge angewiesen. In 3.333 Fällen wurden Fremd-pensionen (je nach dem ASVG, GSVG, BSVG bzw. PG 1965) mit den gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezügen gemeinsam versteuert und ausbezahlt. 1.204 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger erhielten ein Pflegegeld.

#### Bereich Personalentwicklung und -förderung

An den insgesamt 744 Veranstaltungen der Aus- und Weiterbildung (+21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) haben 6.417 Personen (+38 Prozent) teilgenommen. Die Steigerungen im Vergleich zu 2002 sind in erster Linie auf den stark gestiegenen Bedarf an spezifischen Förderprojekten zurückzuführen.

Das **Schulungsangebot** umfasste die Bereiche EDV (insbesondere SAP-Schulungen), Fachschulungen (wie Vergaberecht, Kunden- und Energieberater/innenausbildung), verhaltensorientierte Trainings, die Vorbereitungskurse zur Dienstprüfung, Informationsveranstaltungen, Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung sowie spezifische Förderprojekte, wie z. B. Controller-Ausbildungslehrgänge und Roll-out-Veranstaltungen zu den Führungsgrundsätzen. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten. Weiters wurden erstmals fünf Kurse für die Newcomer-Ausbildung durchgeführt, an denen insgesamt 98 Personen teilnahmen.

Das Nachwuchsführungskräfteprogramm 2003 umfasste die weitere Programmerstellung, sowie die Organisation und Umsetzung dieser Seminare. Es wurden sechs Förder-Assessmentcenter einschließlich Auswertung und Einzelfeedback-Gespräche organisiert, vorbereitet und betreut, sowie 131 EDV-gestützte Potentialanalysen durchgeführt. Ende 2003 standen 102 Mitarbeiter/innen in Ausbildung zur Führungskraft.

## **Magistratsdirektion – Restitutionsangelegenheiten (MDR)**

Die MDR bearbeitet ihr Aufgabengebiet in Kooperation mit den vergleichbaren Stellen des Bundes, wie z. B. dem Nationalfonds der Republik Österreich, dem Österreichischen Versöhnungsfonds und der Österreichischen Historikerkommission und anderen Organisationen, wie z. B. der Israelitischen Kultusgemeinde und deren Teilorganisationen. Dadurch konnten mehrere im Washingtoner Abkommen vom 17. Jänner 2001 vorgesehene Fragen schrittweise einer Lösung näher gebracht werden.

So konnte etwa ein Tauschvertrag mit der Bundesimmobiliengesellschaft zur Überführung der ehemaligen Sportstätte von „Hakoah“ in das Eigentum der Stadt Wien vorbereitet werden. Ebenso wird – in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Historikerkommission – eine Durchsicht aller Liegenschaften, die zwischen 1938 bis 1945 an die Stadt Wien gekommen und restituiert worden sind, durchgeführt.

Zur Renovierung jüdischer Friedhöfe wurden organisatorische Vorbereitungen getroffen, wie z. B. die erste exakte Vermessung des Währinger Friedhofes. Mit der Baumanierung hat der erste Schritt zur Wiederherstellung und parkähnlichen Öffnung begonnen. Überdies wirkt die MDR in anderen Restitutionsfragen, etwa im Bereich der bildenden Kunst, mit. Die MDR nahm auch an anderen zeitgeschichtlichen Initiativen, etwa um ein „Haus der Geschichte“, ein „Shoah-Zentrum“ oder rund um die Vorarbeiten zum „50. Jubiläum des österreichischen Staatsvertrages“ teil.

Auch die akut gewordene Frage von Ehrungen zur NS-Zeit bzw. von Ehrengräbern, welche zwischen 1938 und 1945 gestiftet worden sind, wurde durch Einsetzung einer eigenen Kommission Lösungsvorschläge nähergeführt. Erleichtert wird diese Aufgabe durch eine intensive Kooperation anderer magistratischer Dienststellen.

## **Magistratsdirektion – Allgemeine Angelegenheiten (MDA)**

Der Aufgabenbereich der MDA erfuhr im Berichtsjahr insofern eine Änderung, als mit 1. März 2003 jene Aufgaben der ehemaligen MD-EIW übernommen wurden, die nicht der MD-VD oder MD-AB zugeordnet wurden (siehe dazu das Kapitel „Referat Wissensmanagement und Koordination“). Aus diesen Aufgaben wurden jene der Koordinationsstelle Europäische Verkehrswege mit 1. Juni 2003 in die TINA Vienna Transport Strategies GmbH ausgegliedert, die Bediensteten zur Dienstleistung zu dieser Gesellschaft abgeordnet und eine entsprechende Vereinbarung mit dieser Gesellschaft über die Leistungserbringung und Finanzierung abgeschlossen.

Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 80 Erlässe der Magistratsdirektion und fünf Erlässe der MDA herausgegeben. Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.121 Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MDA einer Erledigung zugeführt oder an die befassen Fachdienststellen zur direkten Erledigung weitergeleitet.

## **Geschäftsbereich Strategie und Recht**

Im Verwaltungsjahr 2003 wurden 75 an den Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden Stadträt/innen gerichtete parlamentarische Initiativen bearbeitet und an deren Beantwortung mitgewirkt. Von diesen wurden zwei Initiativen als dringlich eingebracht.

Im Berichtsjahr oblag dem Geschäftsbereich Strategie und Recht auch die **Betreuung des Landtagspräsidenten**. Zu dieser Aufgabe gehörte unter anderem die Vorbereitung und die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen sowie die Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Hauptstadt-Regionen in der Europäischen Union in Brüssel sowie an der 7. CALRE-Konferenz der Präsidenten der Europäischen Regionalparlamente mit Legislativkompetenz in Reggio Calabria/Italien.

Im Berichtsjahr wurde mit Stichtag 31. Dezember 2003 die **Dienstaufsicht** über 121 leitende Bedienstete, wovon 61 im rechtskundigen Dienst standen, geführt. Es erfolgten 12 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und fünf Versetzungen. 18 leitende Bedienstete sind ausgeschieden. Ferner waren Ausschreibungen für die Besetzung von 12 Dienstposten durchzuführen. Zwei Bedienstete mit

Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM sind neu bestellt worden und bei 12 derartigen Bediensteten mit Sonderaufgaben erfolgten Änderungen der Bestellungen. Es endeten die Bestellungen von vier Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM und von drei Projektkoordinatoren.

#### **Geschäftsbereich Koordination**

Vom Budgetkoordinator wurde im Berichtsjahr das Budget der „Geschäftsgruppe 0“ (73 verschiedene Kostenstellen, darunter die Stabsstellen der MD, MBÄ, Büros der Bezirksvorsteher/innen, Unabhängiger Verwaltungssenat Wien, Kontrollamt, Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter etc.) koordiniert, das insgesamt rund 750 Mio. EUR ausmacht (davon rund 550 Mio. EUR an Personalkosten für die Wiener Stadtwerke). Mit 14 Informationen des Budgetkoordinators und zahlreichen Einzelgenehmigungen wurden die Ausgaben gesteuert und der Budgetrahmen gehalten. Für die MD-VA und den Teil der MD-OC, der früher die MD-VO bildete, wurde die betriebsmäßige Verrechnung ab 1. Jänner 2004 vorbereitet.

Vom Rechnungshof wurden der Stadt Wien im Jahr 2003 17 Berichte übermittelt, für welche Beschlüsse des Stadtsenates bzw. des Gemeinderates betreffend Stellungnahme und getroffene Maßnahmen bzw. Kenntnisnahme herbeigeführt wurden.

Im Jahr 2003 wurden zwei ordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen und zwei ordentliche Landeshauptmännerkonferenzen abgehalten und von der MDA vorbereitet. Es wurde eine Magistratekdirektorenkonferenz vorbereitet.

Vertreter der MDA nahmen an der 14. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer, der 15. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten im Rahmen der ARGE Donauländer sowie an der 37. und 38. Sitzung der Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz teil.

Im Rahmen des Österreich-Konvents werden von Vertretern der politischen Parteien, der Bundesregierung, der Bundesländer, des Städte- und Gemeindebundes, der Höchstgerichte, der Volkswirtschaft sowie von Interessenvertretungen Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform ausgearbeitet, die eine zukunftsorientierte, kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung von Staatsaufgaben ermöglichen soll. Vorbereitende Arbeiten für die Vertreter Wiens wurden von der MDA koordiniert.

Änderungen relevanter ÖNORMEN machten die Überarbeitung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien“ notwendig. Hierbei war unter anderem auf das mit 1. Juli 2003 auch für das Land Wien geltende **Bundesvergabegesetz 2002** Bedacht zu nehmen. Die Neufassung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien“ erfolgte mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1036-1/03.

Im Zusammenhang mit der Geltung des Bundesvergabegesetzes 2002 für das Land Wien waren mehrere vergaberechtliche Erlässe der Magistratsdirektion zu modifizieren oder aufzuheben. So wurden u. a. die Vorgangsweise beim Abschluss von Rahmenverträgen mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1158-2/03, und die Bekanntmachungen zur Vergabe von Leistungen im Amtsblatt der Stadt Wien mit Erlass der Magistratsdirektion vom 31. Juli 2003, MDA-1204-3/03, neu geregelt. Die Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Dienststellen der Stadt Wien wurden mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. Juni 2003, MDA-1206-1/03, aufgehoben.

Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 29. Juli 2003, MDA-1207-1/03, wurde die Berücksichtigung der Umweltgerechtigkeit bei der Beschreibung der Leistung in Ausschreibungen geregelt.

Im Hinblick darauf, dass 2003 das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen war, ist der Erlass der Magistratsdirektion vom 8. Juli 2003, MDA-1500-2/03, betreffend die Fachstelle für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen in der MA 12 anzuführen.

Weiters wurden zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen abgehalten, in denen neben grundsätzlichen Rechtsfragen das Kontraktmanagement und Controlling in den Magistratischen Bezirksamtern, das Projekt „MAMBA“ (elektronische Kommunikation in den Magistratischen Bezirksamtern und zu anderen Magistratsabteilungen), die Neufassung des Organisationshandbuchs der MBÄ und die Ziele und Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Jahre behandelt wurden.

Die MDA hat im Berichtsjahr nach dem Muster der Kontrakte für das Jahr 2003 mit vier Pilot-Bezirksämtern (MBA 4/5, 12, 13/14 und 15) die Vorgaben der Auftraggeberseite für die Leistungskontrakte für das Jahr 2004 für alle MBÄ erarbeitet.

In den Stabsstellen der Magistratsdirektion wurde mit 1. April 2003 (MD-BD ab 1. Juli 2003) ein **einheitliches flexibles Gleitzeitmodell** verwirklicht, für das die MDA die organisatorischen Rahmenbedingungen (Zeiterfassungsgeräte, Administration der Gleitzeitkarten etc.) geschaffen hat. Außerdem wurde mit Erlass der Magistratsdirektion vom 27. November 2003, MDA-1726-7/03, für alle städtischen Dienststellen auch am Karfreitag, 24. und 31. Dezember die gleitende Arbeitszeit bzw. Flexibilisierungen für diese Tage eingeführt.

#### **Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat**

Der Gemeinderat trat zu 15 öffentlichen und 10 nicht öffentlichen, der Landtag zu sieben öffentlichen Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 12, die Landesregierung 11, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei und der Unvereinbarkeitsausschuss je zwei Sitzungen ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sit-



# Magistratsdirektion

## Auszeichnungen der Stadt und des Landes Wien im Jahr 2003

### Stadtauszeichnungen:

Bürger der Stadt Wien	1
Ehrenring der Stadt Wien	1
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold	6
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold	2
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien	4
<b>Gesamt</b>	<b>24</b>

### Landesauszeichnungen:

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern	1
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	1
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	6
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	70
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	33
Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien	157
Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien	54
Einsatzmedaille des Landes Wien	1
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Silber	2
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze	12
<b>Gesamt</b>	<b>337</b>

**Insgesamt vergebene Stadt- und Landesauszeichnungen** 352

## Geehrte Jubilare im Jahr 2003

### Hochzeitsjubilare:

Goldene Hochzeit	1.672 Paare
Diamantene Hochzeit	372 Paare
Eiserne Hochzeit	117 Paare
Steinerne Hochzeit	23 Paare
Gnaden Hochzeit	5 Paare
Juwelen Hochzeit	1 Paar
<b>Insgesamt</b>	<b>2.190 Paare</b>

### Geburtstagsjubilare:

90. Geburtstag	3.134
95. Geburtstage	879
100. Geburtstage	102
101. Geburtstage	68
102. Geburtstage	23
103. Geburtstage	18
104. Geburtstage	9
105. Geburtstage	3
106. Geburtstage	1
107. Geburtstage	1
<b>Insgesamt</b>	<b>4.238</b>

zungen 805, der Landtag 35, der Stadtsenat 1.176, die Landesregierung 535, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss sieben und der Unvereinbarkeitsausschuss fünf Geschäftsstücke.

Der Stenografische Dienst der Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderats 15 veröffentlichte und 10 nicht veröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtags 7 veröffentlichte Wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfasste der Stenografische Dienst die Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Gemeinderats, des Landtags, des Stadtsenats und der Landesregierung.

Die am 20. März 2002 vom Gemeinderat eingerichtete Untersuchungskommission betreffend „Praxis der Wiener Flächenwidmungen“ wurde

nach Berichtslegung im Gemeinderat am 6. März beendet.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 24. September eine Untersuchungskommission bezüglich „Gravierende Missstände bei der Pflege von alten Personen und Personen mit Behinderung im Verantwortungsbereich der Gemeinde Wien“ eingerichtet. Im Berichtsjahr wurden sechs Sitzungen abgehalten und im gleichen Umfang Wörtliche Protokolle erstellt.

### Referat Ehrungen

Das Referat Ehrungen hat im Jahr 2003 651 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes Wien und der Stadt Wien sowie Bundesauszeichnungen und die Verleihung von Berufstiteln betrafen. Davon wurden 352 Anträge auf Verleihung von Landes- und Stadtauszeichnungen positiv erledigt.

Über Ersuchen von Bundesdienststellen wurden sichtbare Auszeichnungen der Republik Österreich sowie Verleihungsdekrete von Berufstiteln, wie z. B. Hofräte, Regierungsräte, Medizinalräte etc. ausgefolgt.

Weiters wurden in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der Stadt Wien Kinder- und Jugendbuchpreise, Josef Kainz-Medaillen, Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung und Preise der Stadt Wien und in Zusammenarbeit mit der MA 51 Sportehrenzeichen und Sportpreise der Stadt Wien überreicht. Insgesamt wurden 118 Überreichungen im feierlichen Rahmen vorgenommen. Im Bereich der Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen wurden 2.190 Hochzeitsjubiläepaare durch die Stadt Wien geehrt und mit Ehrengaben im Gesamtwert von 795.000 EUR bedacht. Die Hochzeitsjubilare/innen wurden auch an acht Terminen vom Herrn Bürgermeister zu einer Wiener Jause mit Musikprogramm in den Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen. Weiters wurden 4.238 Geburtstagsjubilare/innen geehrt, welche Ehrengaben im Gesamtwert von 981.000 EUR erhielten.

### Referat Wissensmanagement und Koordination

Neben den Arbeiten zur Reorganisation des Referats einschließlich der reibungslosen Übertragung von Aufgaben an die MD-VD und MD-AB lag ein Schwerpunkt der Arbeiten in der Vorbereitung der Verbesserung des Wissensmanagements, also der Frage, wie man das im Magistrat vorhandene Wissen unabhängig von den derzeitigen Wissensträgern allen Bediensteten verfügbar machen kann, die es für ihre Tätigkeit benötigen. Im Zusammenhang damit stehen auch die Vorarbeiten zur Neugestaltung der **Forschungsdatenbank im Intranet**, um einen besseren Zugang zu aktuellen Forschungsprojekten zu ermöglichen. Zur Kooperation mit dem Bund und den Bundesländern wurden Zusammenstellungen über abgeschlossene und bestehende Kooperationen sowie offene Fragen und angestrebte Kooperationen erarbeitet. Die MDA wirkte an der magistrats-

internen Arbeitsgruppe für die „Europaregion Wien“ und der Projekteinreichung „Donauhans“ im Rahmen von INTERREG mit, ebenso im Lenkungsausschuss UN-Best Practices Hub Wien.

Weiters wurden die Interessen der Stadt Wien im Executive Committee von EUROCITIES wahrgenommen. Besondere Bedeutung im Hinblick auf den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten hatte das East/West-Committee von EUROCITIES, in dessen Rahmen die Wiener Erfahrungen mit dem EU-Beitritt an die Städte der Beitrittskandidatenländer weitergegeben werden konnten und in dem die MDA vertreten war. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung der Jahreshauptversammlung von EUROCITIES in Wien im Jahr 2004.

### **Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS)**

Der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen sind das Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit, das Dezernat Sofortmaßnahmen und das Dezernat Fahrservice zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 2003 waren in der MD-KS insgesamt 31 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

#### **Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit**

Die Notunterkunft für obdachlos gewordene Katastrophenopfer konnte soweit fertig gestellt werden, dass im Anlassfall ein jederzeitiger Betrieb möglich ist.

Im Zuge der kompletten Erneuerung der Sirenensteuerung des akustischen Warn- und Alarmsystems der Stadt Wien erfolgte auch der Umbau und die Renovierung der Katastrophenleitzentrale.

Geprägt war das Jahr auch durch die Übernahme der Federführung für ein Funkkommunikationsprojekt, das alle innerhalb des Verwaltungsbereichs der Stadt Wien liegenden Abteilungen und Organisationen, die Funk verwenden, sowie die freiwilligen Einsatzorganisationen in einem gemeinsamen „Funknetz Wien“ vereinen soll.

Im November wurden über Auftrag des Bürgermeisters innerhalb einer Woche 500 Unterkunftsplätze für obdachlose Asylwerber in zwei Einrichtungen, die von der Volkshilfe und dem Roten Kreuz geführt werden, geschaffen.

Das Jahr 2003 brachte auch die endgültige Bewährung für die Akutbetreuung Wien mit insgesamt 269 Einsätzen, bei denen bewiesen wurde, wie wichtig das von der Dienststelle eingeführte rund um die Uhr verfügbare System der Psychosozialen Akutbetreuung für die Betroffenen ist. Die Akutbetreuung Wien stellt nunmehr innerhalb der für die Hilfeleistung an der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Einsatzorganisationen einen integrierten Teil dar.

Neben diesen „Highlights“ wurde eine Reihe von weiteren wichtigen Projekten fortgeführt bzw.

begonnen, wie etwa die Erneuerung des Krisenmanagementprogramms, die Festlegung von Stromversorgungsprioritäten gemeinsam mit Wienstrom, die Erweiterung und Ergänzung der Objektschutzdaten gemeinsam mit dem Militärkommando Wien, die laufende Schulung der Mitarbeiter der MA 55 für den Einsatz beim Informationstelefon bei Großschadens- und Katastrophenereignissen, die Erstellung einer Studie zur Sicherstellung der Medikamentenversorgung sowie die Durchführung von Schulungs- und Informationsveranstaltungen auf dem Gebiet des Krisenmanagements für Krankenpflegeschulen, für Permanenzjuristen und Permanenzingenieure, für Kursabsolventen des C/B-Aufstiegsurses, für die Helfer Wiens, für die Landesverteidigungsakademie und die Sanitätsschule des Österreichischen Bundesheeres sowie für verschiedene Bezirkskatastrophenschutzkommissionen. Darüber hinaus wurde zur Förderung des Gedankens der Integrierten Einsatzführungs Ausbildung (IEFA) gemeinsam mit dem ASBÖ Wien und der Sanitätsschule ein Workshop über integriertes Schnittstellenmanagement für Einsatzorganisationen, Dienststellen der Stadt Wien, des Bundes sowie privaten Unternehmungen durchgeführt.

Auf dem Gebiet der Sicherheitsagenden wurden Beratungen bei verschiedenen Dienststellen, wie etwa der MA 48, der MA 62 und des UVS, durchgeführt. Besonders erwähnenswert ist die Initiierung einer Zusammenarbeit zwischen Österreichischer Nationalbank und MA 6 im Hinblick auf Schulung des Kassenpersonals bzw. Informationsaustausch im Zusammenhang mit dem Erkennen gefälschter Banknoten.

#### **Aktivitäten mit Auslandsbezug im Jahr 2003**

- Vom 18. bis 20. Februar fand im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen Wien und dem Land Masowien/Warschau der Besuch einer Delegation aus Wien in Warschau statt. Wichtigstes Arbeitsergebnis dieses Besuches war der Abschluss einer Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements zwischen den verantwortlichen Stellen der Stadt Wien und dem Land Masowien/Warschau.
- Vom 31. März bis 3. April nahmen ein Vertreter der MD-KS sowie eine Vertreterin der Akutbetreuung Wien – Fachliche Leitung am „European Workshop on the psychosocial care to the victims of major accidents and to their families“ in Carcassonne/Frankreich teil. Im Rahmen dieses Workshops wurde das Projekt „Akutbetreuung Wien“ einem internationalen Fachpublikum vorgestellt.
- Vom 13. bis 14. Mai 2003 fand ein Besuch vom Leiter der MD-KS in Belgrad statt. Gegenstand des Gesprächs mit Herrn Vizebürgermeister Spasic war die künftige Zusammenarbeit der beiden Städte im Rahmen des Krisenmanagements und Katastrophenschutzes.

- Die MD-KS veranstaltete vom 23. bis 26. Juni eine internationale Konferenz „Urbanes Krisenmanagement in Europa am Beginn des 3. Jahrtausends“, an der Experten aus Belgrad, Budapest, Bratislava, Krakau, Laibach, Moskau, Prag und Warschau teilnahmen. Im Rahmen dieser Veranstaltung haben die für die Bereiche Krisenmanagement, Sicherheit und Katastrophenschutz zuständigen Repräsentanten der o. a. Städte zu den Generalthemen Feuerwehrwesen/Katastrophenschutz, Rettungswesen/Katastrophenmedizin, Sicherheit auf Ebene Exekutive und Militär sowie Krisenmanagement Stellung genommen. In vier Workshops wurden Informationen über den aktuellen Stand und die zukünftige Entwicklung ausgetauscht und die Zusammenarbeit und Kooperation unter den Städten vertieft. Die Konferenz endete mit der Unterzeichnung einer Wiener Deklaration betreffend die weitere Zusammenarbeit der Städte.
- Am 3. September fand ein Besuch des Leiters des Dezernates Sofortmaßnahmen der MD-KS in Laibach statt. Gegenstand dieses Besuches war ein Vortrag zum Thema Akutbetreuung im Brandfall im Rahmen eines Symposiums für allgemeine Sicherheit und Brandschutz.
- Vom 22. bis 24. September fand im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen den Städten Wien und Krakau der Besuch einer Delegation aus Wien in Krakau statt. Gegenstand des Besuches war ein Erfahrungsaustausch der Katastrophenschutzexperten beider Städte.
- Vom 3. bis 7. November fand im Rahmen der Städtekooperation zwischen den Städten Wien und dem Land Masowien/Warschau eine intensive Schulung auf Ebene des Krisenmanagements in Warschau statt. Den Vertretern des Wiener Krisenmanagements schlossen sich Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Wien, der Berufsrettung Wien und der Bundespolizeidirektion Wien an. Neben einem theoretischen Unterricht wurden auch die Einsatzzentrale der Warschauer Polizei, eine neu eingerichtete Rettungsstation mit angeschlossenem, neu errichtetem Spital auf dem Gebiet des Landes Masowien und diverse Gerätschaften, Einsatzfahrzeuge und Spezialeinheiten der Feuerwehr der Stadt Warschau vorgestellt. Des Weiteren wurde in einem Gespräch mit dem Vizebürgermeister der Stadt Warschau eine intensivere Zusammenarbeit der Städte Warschau und Wien vereinbart.
- Vom 17. bis 19. November fand der erstmalige Besuch einer hochrangigen Delegation aus Niš/Jugoslawien in Wien statt. Gegenstand des Besuches waren Expertengespräche zum Thema Katastrophenschutz.

## Sofortmaßnahmen

- **Hausbesetzung:** In der ehemaligen Männerherberge in 20., Meldemannstraße 27, kam es im November 2003 zu einer spontanen Hausbesetzung durch Sympathisanten und Aktivisten. Es gelang schließlich den Mitarbeitern des Dezernates, die Hausbesetzer zu überzeugen und zu einem friedlichen Abzug zu bewegen.
- **Hagelschäden:** Im Mai wurden Teile Wiens von einem großflächigen Hagelunwetter überrascht, wovon unter anderem viele landwirtschaftliche Betriebe betroffen waren. Im Auftrag von Bürgermeister Dr. Häupl wurde eine Anlaufstelle für die betroffenen Betriebe eingerichtet. In weiterer Folge wurde eine von allen Seiten akzeptable finanzielle Lösung und Abgeltung verhandelt, die den Bestand der Wiener Wein- und Obstbaubetriebe gewährleisten soll.
- **Gasexplosion:** Am 1. Mai 2003 kam es in 3., Klopsteinplatz 6, zu einer Gasexplosion mit beträchtlichem Schadensausmaß, wobei glücklicherweise keine Personen zu Schaden kamen. Durch das Dezernat Sofortmaßnahmen wurden in den ersten Einsatzstunden maßgebliche koordinierende Schritte gesetzt, Ersatzquartiere angeboten, sowie entsprechende Maßnahmen getroffen, die eine rasche Wiederbesiedelung des Hauses sicherstellten.
- **Unbefugter Beherbergungsbetrieb:** Im November 2003 wurde vom MBA 15 die Schließung eines unbefugten Beherbergungsbetriebes in 15., Ullmannstraße 31/13, verfügt. Vom Dezernat Sofortmaßnahmen wurde die Amtshandlung koordinierend geleitet.
- **Planquadrataktionen Bettler & Straßenmusikanten:** Der in den letzten Jahren vermehrt auftretenden Problematik der vorwiegend ausländischen Bettler und Straßenmusikanten im Bereich der Wiener Innenstadt und U-Bahnstationen wurde in gemeinsamen Aktionen mit der Bundespolizeidirektion Wien und den Wiener Linien massivst entgegengetreten.
- **Fiaker:** Die Fiakerszene wurde im Hinblick auf die kommende Gesetzesänderung mehrmals unter Federführung des Dezernates Sofortmaßnahmen – unangesagt – einer Überprüfung unterzogen.
- **Lokale, Problemhäuser & Roadrunner:** Durch Mitarbeiter des Dezernates Sofortmaßnahmen wurden im vergangenen Jahr wieder unzählige Lokale und Problembetriebe in den Bezirken 2, 10, 11, 16, 17 und 22, aber auch die Situation in Bezug auf Roadrunner in Wien kontrolliert. Durch diese gemeinsamen Überprüfungen mit der Bundespolizeidirektion Wien gelang es, eine Verbesserung der Situation vor allem zum Wohle und Schutz der Anrainer zu erzielen.
- **Warenausräumungen:** Eine besondere Aktion war auch die gezielte Überprüfung von Warenausräumungen in 1., Graben und anderen Adressen.
- **Brand:** Bei insgesamt 28 Wohnungsbränden sowie einer Gasexplosion wurde Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zunächst in Ersatzunterkünfte untergebracht bzw. in weiterer Folge in jener Form betreut, dass Prekariatswohnungen bereitgestellt oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert wurden. In 17 Fällen musste mit notstandspolizeilichen Maßnahmen gemäß der Reinhaltverordnung bzw. Feuerpolizeigesetz vorgegangen werden.

- **Gesetzesnovellierung:** Mitarbeit bei der Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes. Hier wurden die Erfahrungswerte des Dezernates Sofortmaßnahmen mit in die Änderungsnovelle eingearbeitet.

#### Aktionen

Die Schwerpunktaktionen mit dem Arbeitstitel „Rathausmänner unterwegs“ wurden auch im Jahre 2003 im Sinne einer bürgernahen Serviceeinrichtung erfolgreich fortgesetzt. Hierbei wurde jeweils das gesamte Straßennetz eines Bezirkes innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abgefahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufgespürt.

Mit 1. April 2003 wurde die bisher verwendete elektronische Arbeitsdatei „Straßenschadensdatei“ aufgelassen und es werden nunmehr alle Beschwerde- bzw. Schadensfälle im magistratsübergreifenden einheitlichen System „Zentrales Bürgeranliegenmanagement“ (ZBM) erfasst und bearbeitet. Dieses wurde im Berichtsjahr in weiteren Dienststellen verwendet. Durch den Einsatz des ZBM konnten sowohl die Durchlaufzeit der Geschäftsfälle als auch die Kosten reduziert werden.

#### Fahrservice

Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für Funktionsträger der Stadt Wien und für alle städtischen Dienststellen wurden 2003 auch Diensttaxis beauftragt und abgerechnet. Neben der Verrechnung und Personalführung von 50 Kraftwagenlenkern und 17 Werkstättenmitarbeitern werden vom Fahrservice auch die Budgetmittel für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 100 Fahrzeugen des eigenen Bereiches und 186 Fahrzeugen der Magistratsabteilungen 11, 14, 15, 17, 22, 29, 34, 41, 42, 45, 46, 47, 49, 51, 55, des Krankenanstaltenverbundes, des SPÖ-Klubs und der Gewerkschaft, sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und Betriebs-einrichtungen für das Pkw-Service Center. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Leistungserlösen für Bereitstellung von Fahrzeugen mit Lenkern und Reparaturarbeiten an Dienstkraftwagen für andere Abteilungen.

Der Pannendienst des Dezernats verzeichnete 22 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrats. Das Dezernat Fahrservice Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge schult die eigenen Mitarbeiter auf die verschiedenartigsten Situationen des täglichen Straßenverkehrs, weiters werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrzeuggesetzes bekannt gegeben. Im Jahr 2003 wurden im April 56 und im Oktober 23 Mitarbeiter in Teesdorf diesbezüglich geschult bzw. weitergebildet.

#### Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI)

Grundlage für die Arbeit der Klimaschutzkoordinationsstelle im Jahr 2003 bildeten die Ergebnisse des Workshops vom Oktober 2002. Auf diesem wurde von allen Mitarbeiter/innen der MD-KLI sowie des KliP-Expert/innen-Netzwerkes Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2003 erarbeitet. Weiters waren Mitglieder der MD-KLI in zahlreichen KliP-relevanten Arbeitsgruppen vertreten, beispielsweise in den bereits erwähnten magistratsübergreifenden Projekten ÖkoKauf Wien, PUMA, aber auch etwa im Magistratsteam zur Lokalen Agenda 21 und im Projekt Autofreier Tag.

Die MD-KLI vertritt die Stadt Wien weiterhin im sogenannten „Kyoto-Forum“ beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Nicht zuletzt wurden im Berichtszeitraum zahlreiche Stellungnahmen zu klimarelevanten Themen abgegeben.

#### Förderaktion Fernwärme

Sie wurde im April 2003 vom Wiener Gemeinderat beschlossen und ist ein besonders wirksames Instrument zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Ansuchen können Hauseigentümer ebenso wie Mieter. Um das KliP-Ziel zu erreichen, müssten 94.000 Wohnungen bis zum Jahr 2010 angeschlossen werden. Gefördert wird der Austausch der Heizkessel und Leitungen zu den Wohnungen ebenso wie der Einzelwohnungsanschluss. Bei dieser Förderung gilt der Grundsatz: Je höher der Klimaschutzeffekt, desto höher die Förderung. Demzufolge wird der Austausch von Kohleheizungen auf Fernwärme wesentlich höher gefördert als der von Gasheizungen. Das maximale Fördervolumen beträgt 23 Mio. EUR.

#### Die Ökoförderung

Sie gilt für Kleingarten-Wohnhäuser, sowie Ein- und Zweifamilienwohnhäuser. Am höchsten gefördert wird ein Haus in Passivhausbauweise. Die Förderung erhöht sich noch, wenn die Warmwasseraufbereitung mittels Wärmepumpe erfolgt und noch mehr Förderung gibt es, wenn die Wärmepumpe noch zusätzlich auch für die Raumheizung verwendet wird. Wird ein Haus in Niedrigenergiebauweise errichtet, so gibt es zusätzlich zur üblichen Wohnbauförderung noch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss. Der Zuschuss erhöht sich wieder bei einem Haus mit Wärmerückgewinnung durch eine mechanische Be- und Entlüftungsanlage. Das geschätzte Fördervolumen beträgt 1,2 Mio. EUR.

#### Monitoring Wohnbauförderung

Die MD-KLI hat „raum & kommunikation“ mit einer Studie zur „Entwicklung eines Verfahrensvorschlags zur Einrichtung eines Monitoring-systems im geförderten Wiener Wohnungsneubau im Hinblick auf seinen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz“ beauftragt. Basierend auf dieser

Studie wird die bereits bestehende Datenbank der MA 25, die die wichtigsten Informationen für sämtliche geförderten mehrgeschoßigen Wohnbauten enthält, im Zuge der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinien bis 2006 ausgebaut. Für die Evaluierung der KliP-Maßnahmen wird in regelmäßigen Abständen (einmal pro Jahr) aus den bestehenden Daten eine zusammenfassende Auswertung (Anzahl und Flächen der Gebäude, für die eine Wohnbauförderung zugesichert wurde, und der tatsächlich fertig gestellten Gebäude sowie jeweils berechnete CO<sub>2</sub>-Einsparung im Vergleich zum BauO-Mindeststandard von 1990) gemacht und der MD-KLI für den Bericht an den Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

## Novelle zur Sanierungsverordnung

Im September 2003 wurde eine Novelle der Sanierungsverordnung beschlossen, bei der einige Verbesserungen im Hinblick auf den Klimaschutz vorgenommen wurden. Als Basis dieser Verbesserungen dienten die im Auftrag der MA 22 von der E.V.A. erstellte Studie „Evaluierung der (heiz-)energierelevanten Förderungen der Stadt Wien“ sowie das von „raum & kommunikation“ im Auftrag der Geschäftsgruppe Wohnen durchgeführte Projekt „Thewosan upgrade“. Wichtigster Inhalt der Novelle sind Verbesserungen der Förderschiene Thewosan zur thermischen energetischen Wohnhaussanierung, vor allem eine 4-stufige Staffelung mit höherem Maximalfördersatz, Einführung einer Zusatzförderung für energetische Sanierungsmaßnahmen, zusätzliches Förderdarlehen für die beiden anspruchsvollsten Stufen. Außerdem wurde eine zusätzliche Förderung für thermisch-energetische Maßnahmen, die im Zuge von Sockelsanierungen durchgeführt werden, eingeführt. Eine weitere Neuerung ist die Förderung der Umstellung vorhandener Heizungen in Gebäuden oder einzelnen Wohnungen auf Fernwärme oder außerhalb des fernwärmever sorgten Gebietes auf Gasbrennwerttechnologie oder erneuerbare Energieträger. Weiters können nunmehr auch thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen im Zuge von Dachboden ausbauten gefördert werden.

## Umweltmanagement im Magistrat

Das Projekt Umweltmanagement in Amtshäusern der Stadt Wien (PUMA) wird auf der Ebene „Gesamtmagistrat“ intensiv vorangetrieben. Weitere Schwerpunkte liegen derzeit bei den Kindertagesheimen und Schulen. Weiterhin werden auch PUMA-Projekte in einzelnen Amtshäusern fortgesetzt.

## Beschaffung

Am Projekt ÖkoKauf Wien, in dem Kriterien für die umweltgerechte Beschaffung von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen festgelegt werden, wird intensiv weitergearbeitet, es entstehen laufend neue Kriterienkataloge. Ein neuer Erlass des Magistratsdirektors (MDA-1207-1/03) wird dem Projekt zusätzlichen Rückenwind verschaffen. Ein Kooperationsvertrag zwischen Stadt Wien und

Normungsinstitut ist unter Dach und Fach, es konnte auch bereits ein Kriterienkatalog, der von der ÖkoKauf-Arbeitsgruppe Tiefbau ausgearbeitet wurde, als so genannte ÖNORM-Regel verabschiedet werden. Auch international ist das Projekt sehr angesehen. Ein EU-Filmteam war in Wien und hat einen Film über dieses Projekt gedreht, der im Rahmen einer EU-Veranstaltung in Brüssel vorgeführt worden ist. Zwei Teammitglieder vom Wiener Krankenanstaltenverbund und von der Wiener Umweltschutzgesellschaft wurden eingeladen, bei der „EcoProcura 2003“ im schwedischen Göteborg Vorträge zu halten.

Die Konferenz „EcoProcura“, organisiert vom Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen, fand vom 8. bis 10. September 2003 unter dem Titel „Mainstreaming umweltfreundlicher Beschaffung in Europa“ statt und brachte Entscheidungsträger, Einkäufer und Lieferanten aus ganz Europa zusammen. Im Rahmen von Vorträgen, Workshops und runden Tischen wurden zu den letzten Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen Erfahrungen ausgetauscht, Probleme diskutiert und Best-practice-Beispiele vorgestellt.

## Masterplan Verkehr

Aufbauend auf dem Verkehrskonzept 1994 wurde im Jahr 2003 ein Masterplan Verkehr ausgearbeitet und im November 2003 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Er enthält viele klimarelevante Aspekte wie klare Prioritäten beim Öffentlichen Verkehr, Radverkehr und zu Fuß in Wien, die eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs von 35 Prozent auf 25 Prozent bis 2020 zugunsten des Öffentlichen Verkehrs, des Radverkehrs und der Fußgänger/innen bewirken. Zu den wichtigsten Projekten des Masterplans Verkehr zählen unter anderem der Durchgangsbahnhof „Wien – Europa Mitte“ anstelle des derzeitigen Südbahnhofs, die Erweiterung des U-Bahn-Netzes, der Bau neuer Straßenbahnlinien, der Ausbau des Radwegenetzes bis 2006 auf 1.000 km, vorgeschriebene Gehsteigmindestbreiten von 2 m, die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, sowie der Ausbau und die Förderung zusätzlicher Garagen und Park & Ride-Anlagen. Der Masterplan Verkehr sieht weiters eine Bewusstseins- und PR-Offensive zur Optimierung des Verkehrsverhaltens vor, da rund 37 Prozent aller Pkw-Fahrten in Wien ohne wesentliche Qualitätseinbußen auch zu Fuß, per Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können.

## Der Stadtentwicklungsplan 2005 – STEP

Der Stadtentwicklungsplan legt in großen Zügen den weiteren geordneten Ausbau der Stadt fest. Er bestimmt die Verteilung von Nutzungen, weist Entwicklungsgebiete, übergeordnete Grün- und Freiräume sowie die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn und hochrangiges Straßennetz) aus.

Die Erarbeitung erfolgt durch ein aus verschiedenen Magistratsdienststellen zusammengesetztes Team, in dem auch ein Mitarbeiter der MD-KLI vertreten ist. Dieses wird durch ein externes fachliches Begleiteteam und ein externes Öffentlichkeitsarbeitsteam unterstützt.

#### Bezirksberichte

Um in verstärkte Kommunikation mit den Bezirken zu treten, wurde für jeden Wiener Gemeindebezirk ein Bericht erstellt. Diese Bezirksberichte beinhalten u. a. eine kurze Darstellung des KliP Wien und der Klimaschutzkoordinationsstelle sowie Beispiele von Umsetzungsmaßnahmen in ganz Wien und speziell für den einzelnen Bezirk. Diese Berichte sollen in einer Info- und Diskussionsveranstaltung mit den Bezirksvorstehungen Anfang 2004 vorgestellt werden.

#### KliP Workshop 2003

Vom 7. bis 10. Oktober 2003 fand der jährliche Workshop der Klimaschutzkoordinationsstelle in Litschau statt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der KliP-Umsetzung war bereits im Vorfeld des Workshops beschlossen worden, einige Erweiterungen des KliP auszuarbeiten und der politischen Ebene vorzulegen, und zwar in den Bereichen Abfallwirtschaft, Kühlen/Klimatisieren und Parkraumpolitik. Diesbezüglich wurden Arbeitsgruppen gebildet.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Um die Ziele des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien zu erreichen, ist die aktive Mitarbeit der Wiener Bevölkerung, sowie der Mitarbeiter/innen der Wiener Stadtverwaltung von ausschlaggebender Bedeutung. Daher sollen die Maßnahmen des KliP Wien im Rahmen einer effizienten und gezielten Öffentlichkeitsarbeit an verschiedene Zielgruppen herangetragen werden. Aus diesem Grund hat die MD-KLI im Herbst 2003 die Firma ikp – Kommunikationsplanung und Öffentlichkeitsarbeit GmbH – beauftragt, gemeinsam mit Mitarbeiter/innen der MD-KLI, den Magistratsabteilungen 22, 28, 29, 48, 53, dem Wiener Krankenanstaltenverbund, Wien Energie und den Wiener Linien ein **Kommunikationskonzept zum KliP Wien** zu erstellen. Es soll den Bekanntheitsgrad des KliP Wien steigern, seinen Nutzen bei den verschiedenen Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Wiener Stadtverwaltung kommunizieren, Wien als Umweltmusterstadt noch mehr in den Blickpunkt rücken, die Aktivitäten der Stadt im Bereich Klimaschutz sichtbar machen, die Präsenz von KliP Wien in den Medien erhöhen und auch eine verbesserte interne Kommunikation schaffen.

Zu den weiteren Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit zählen die Erstellung einer Basispressemappe für Journalist/innen, die Herstellung einer Plakatserie in verschiedenen Formaten, die auf Veranstaltungen, Ausstellungen etc. eingesetzt werden können sowie die

Erstellung eines Internetauftrittes und einer Internetdokumentation von Öko-Energieanlagen in Zusammenarbeit mit der Wiener Umweltanwaltschaft.

#### Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten (MD-PM)

In Verfolgung des Zieles der Konzentration der Aufgaben der Magistratsdirektion auf strategische und besondere Angelegenheiten sowie der gleichzeitigen Übertragung operativer Tätigkeiten in die Selbstständigkeit der Dienststellen wurde im Jahr 2003 eine **Neustrukturierung** der MD-PM durchgeführt, die sowohl den Aufgabenumfang, die Tiefe der Wahrnehmung sowie die Aufbau- und Ablauforganisation umfasst hat. Ziel dabei war es, die Konzentration auf grundsätzliche, koordinative und strategische Aufgabenstellungen im Personalmanagement zu richten, die Geschäftsfälle innerhalb jeweils einer Gruppe zu bündeln und alle wesentlichen Geschäftsfelder des Personalmanagements abzudecken. Gleichzeitig konnten im Zuge dieser Reform Personalressourcen eingespart werden.

Die MD-PM hatte am 31. Dezember die Dienstaufsicht über:

- 322 Rechtskundige Bedienstete
- 217 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes
- 10 Bedienstete des höheren Archivdienstes
- 18 Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes
- 19 Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen
- 550 Bedienstete des höheren technischen Dienstes
- 20 Bedienstete des höheren Forstdienstes
- 61 Psycholog/innen
- 5 Ärzt/innen
- 1 Tierärzt/innen
- 2.361 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes
- 759 Fachbedienstete des technischen Dienstes
- 11 Sozialpädagog/innen
- 691 Sozialarbeiter/innen
- 186 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung
- 3.719 Kanzleibedienstete
- 1.259 Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Werkmeister/innen
- 639 Amtsgehilf/innen
- 7.898 Sondervertragsbedienstete (Redakteur/innen), Gesundheits- und Krankenschwestern/Gesundheits- und Krankenpfleger, Aufseher/innen, Kraftwagenlenker/innen, Facharbeiter/innen, Arbeiter/innen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurzparkzonen usw.
- 18.746 Bedienstete insgesamt**

Im Jahr 2003 wurden nach erfolgter Eignungsfeststellung 15 rechtskundige Bedienstete, 25 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 11 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, 40 Fachbedienstete des technischen Dienstes, 90 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 18 Werkmeister, 69 Kanzleibedienstete sowie sechs Amtsgehilf/innen in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen. Zur Abdeckung des Gesamtbedarfes an

# Magistratsdirektion

Kanzleibediensteten wurden zusätzlich 144 ausgelernte Bürokaufmanns(frau)lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Erhöhung der Selbstständigkeit auf dezentraler Ebene wurde im Kalenderjahr 2003 die Zuständigkeit zur weiteren Zuweisung (Versetzung, Zuteilung) des Personals den Dienststellen gemäß § 5 Abs. 1 GOM übertragen. In Verbindung mit der **magistrats-internen elektronischen Job-Börse** wurde damit der Prozess der Suche, Rekrutierung und Versetzung (Dienstzuteilung) von Mitarbeiter/innen dezentral in den Dienststellen gebündelt. Zum Zweck einer einfachen und raschen Administration wurde dafür eine entsprechende EDV-Lösung im Rahmen eines Workflow entwickelt und im dezentralen Personalverwaltungssystem (VIPer) implementiert. Durch diese elektronische Unterstützung entspricht der Prozess daher in hohem Maße dem e-Government.

Im Berichtsjahr erfolgte die Zusammenlegung der MA 23, 24 und 32 zur MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement. Ebenso wurde das Liegenschaftsmanagement neu strukturiert und die MA 40 mit der MA 69 zusammen gelegt. Organisationsänderungen erfolgten auch in der MA 4 und der MA 44. In allen Fällen wurden die daraus resultierenden notwendigen Personalmaßnahmen den Erfordernissen entsprechend gesetzt. Auch die **Führungskräftenachwuchsausbildung** wurde im Jahr 2003 erfolgreich weitergeführt. Demnach wurde im Jahr 2003 der 5. Lehrgang mit einem Hearing abgeschlossen, im Jänner 2004 wird der 6. Lehrgang beendet werden. Im November 2003 startete der 7. Lehrgang. Das Hearing erfolgt in Form einer Präsentation durch jede/n Teilnehmer/in in Anwesenheit leitender Bediensteter der Magistratsdirektion. Die Inhalte des modulartig aufgebauten Lehrgangs sowie die ergänzenden Bildungsangebote entsprechen den hohen Anforderungen, die an Führungskräfte bei der Stadt Wien gestellt werden, wobei auch verstärkt auf zukünftige Aufgabenschwerpunkte, wie z. B. Change Management, eingegangen wird. Im Jahr 2003 konnten insgesamt 12 Mitarbeiter/innen, teilweise unter Mitwirkung des Vereins „Passerelle“, für die Dauer von jeweils circa 6 Monaten in verschiedene Privatunternehmen entsendet werden, um in diesen die **betriebliche Praxis** kennen zu lernen.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 12 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der **Arbeitsintegrationsinitiative für Behinderte** aufgenommen werden.

Im Sommer 2003 ging das neue Mitarbeiter/innen-Informationsportal im Intranet online. Das Ziel

war, auf einer einzigen Plattform alle Informationen und Serviceleistungen anzubieten, die für die Bediensteten der Stadt Wien von Interesse sind. Das Portal ist in Form einer übersichtlichen Seite mit Verzweigungsmöglichkeiten gestaltet. Besonderes Augenmerk wurde auf eine klare Struktur gelegt, damit die gesuchten Themen einfach und schnell zu finden sind. Das breit gefächerte Angebot enthält zahlreiche Themenbereiche, die auf der Startseite des Portals direkt anklickbar sind. Im Anfall findet man zusätzlich aktuelle Hinweise (z. B. auf Volksbegehren).

Ein weiteres Projekt, das als Service für die Bediensteten eingerichtet wurde, ist seit Ende des Jahres die Möglichkeit zum **Internet Banking** über den Dienst-PC. Nach einer Änderung der Geschäftsordnung des Magistrats können die Mitarbeiter/innen der Stadt Wien nun über ihren Dienst-PC private Internet Banking-Geschäfte im Zusammenhang mit dem eigenen Gehaltskonto bei Kreditinstituten erledigen. Sie erhalten auf speziellen Einstiegsseiten rasch einen Überblick über die aktuellen Konditionen für Stadt Wien-Bedienstete, haben jederzeit Zugriff auf das Gehaltskonto, und können Bankgeschäfte im Zusammenhang mit diesem unabhängig von Banköffnungszeiten abwickeln. Durch derartige Tätigkeiten dürfen allerdings der ordnungsgemäße Dienstbetrieb und die Dienstleistungsbereitschaft nicht beeinträchtigt werden. Voraussetzung für ein solches Internet Banking ist eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kreditinstitut und der Stadt Wien über die Erfüllung bestimmter Qualitätskriterien, damit die Gewährleistung der Datensicherheit durch das Kreditinstitut sowie die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für minderjährige Bedienstete durch die Stadt Wien sichergestellt sind. Bezüglich der Auswahl der Partnerinstitute gibt es keine Präferenzen. Die Kreditinstitute verpflichten sich, Maßnahmen im Bereich der Lehrlings- und Gesundheitsförderung des Magistrats zu sponsern.

Die Koordination des seit 2000 zum Einsatz gelangten **VIPer-Systems** (Verwaltung Integrierter Personaldaten) auf dezentraler Ebene hinsichtlich vorzunehmender Erweiterungen wurde fortgeführt. Zur Wahrnehmung der Vorschriften des Datenschutzes bzw. der Einhaltung der PC-Betriebsordnung erfolgte die Festlegung der Zugriffsmöglichkeit in den einzelnen Bereichen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen. In diesem Zusammenhang wurden Erweiterungs- und Änderungsmeldungen bei den WIPIS und VIPer-Datenschutzmeldungen für das Datenverarbeitungsregister sowie bei den WIPIS und VIPer-Organisationskonzepten vorgenommen.

## Magistratsdirektion – Berufliche Gesundheitsförderung (MD-BG)

### Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2003

#### Konzept der beruflichen Gesundheitsförderung – Mitarbeiter/innenbefragungen

Es wurden standardisierte Fragebögen und ein Auswertungswerkzeug erarbeitet. Diese werden über das Intranet zur Verfügung gestellt und sind von den Dienststellen (Personalstellen) abrufbar. Die Dienststellen legen eine Mitarbeiter/innenbefragung fest und zeichnen für die Verteilung der Fragebögen (mit Kuvert) verantwortlich. Um allfällige Ängste bei den Mitarbeiter/innen möglichst gering zu halten, erfolgt der Rücklauf an den/die jeweilige/n Arbeitsmediziner/in. Die Auswertungen werden in den Dienststellen (Personalstellen) mittels des über das Intranet abrufbaren Auswertungswerkzeuges durchgeführt. In Gesundheitsförderungsgruppen werden die mittels Fragebögen erhobenen Probleme diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet. Das Konzept wurde in ausgewählten Pilotdienststellen getestet.

#### Krankenstandsevaluierung

Hinsichtlich der Krankenstandsursachenforschung 2002 erfolgte eine nähere Betrachtung mehrerer Magistratsabteilungen unter anderem in Gesprächen mit den Personalvertretungen sowie den Dienststellenleiter/innen. In einer Dienststelle wurde in Zusammenarbeit mit dem arbeitsmedizinischen Dienst eine Mitarbeiter/innenbefragung durchgeführt. Zur Orientierung über die aktuelle Entwicklung der Abwesenheitstage erfolgt eine monatliche statistische Auswertung. Im Hinblick auf die steigende Entwicklung der durchschnittlichen Abwesenheitstage gegenüber den Vorjahren wurde in Zusammenarbeit mit Dienstaufsichtsstellen unter arbeitsmedizinischer Fachkompetenz ein Katalog gegensteuernder Maßnahmen erstellt.

Weiters wurde die Krankenstandsentwicklung des Pflegepersonals in Geriatriezentren dargestellt. Die Krankenstandsentwicklung des Pflegepersonals des Geriatriezentrums Baumgarten wurde einer eingehenden Analyse unterzogen.

#### Einsatz von Defibrillatoren

Der plötzliche Herztod verursacht die meisten Todesfälle weltweit. Es wurden daher 49 größere städtische Amtshäuser, auf zentrale Initiative, mit 76 Defibrillatoren ausgestattet. Diese Geräte können bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand durch sofortigen Einsatz Leben retten. Es wurden die Durchführungsmaßnahmen dieser Aktion koordiniert und dabei die Aufstellungsorte festgelegt, die Geräteauswahl, Installation und Hinweisbeschilderung angeordnet sowie die Anwender/innenschulung und Informations-Kampagne initiiert.

#### Sponsoring-Projekte

Für die Möglichkeit, Internet-Banking über den Dienst-PC Bediensteten der Stadt Wien anzubieten, sponsern Kreditinstitute verschiedene gesundheitsfördernde Maßnahmen. Es wurden dafür Projekte wie Wirbelsäulenprävention, Rückenschule, Gesundheitstraining, progressive Muskelentspannung, Stressabbau etc. ausfindig gemacht und Kontakte mit verschiedenen diesbezüglichen Anbietern hergestellt. In weiterer Folge werden diese Angebote mit den budgetären Sponsorangeboten in Einklang gebracht.

#### Sicherheitsvertrauenspersonen

Gemäß § 78 Absatz 1 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 (W-BedSchG 1998) wurden die Sicherheitsvertrauenspersonen für eine weitere Funktionsdauer von vier Jahren für die Dienststellen des Magistrats bestellt.

#### Erhöhung der Akzeptanz bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen

Zu diesem Zweck wurden die persönlichen Kontaktnahmen mit den Dienststellenleiter/innen weitergeführt und zur Abklärung aktueller Fragen bzw. im Rahmen der von der MD-BG angebotenen Hilfestellungen in mehreren Dienststellen Besuche durchgeführt.

#### Supervision

Von der MD-BG wird als Soforthilfe in Krisensituationen Supervision für alle Dienststellen angeboten. Im Jahr 2003 konnte diese Hilfestellung in vier Dienststellen für 32 Bedienstete in 24 Sitzungen von drei Supervisor/innen geleistet werden. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen stellt sich Gruppensupervision als wichtige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit von Bediensteten gemäß § 3 W-BedSchG 1998, LGBl. Nr. 49/1998, dar.

#### Eignungs- und Folgeuntersuchungen

Es wurde ein System zur Durchführung der nach dem W-BedSchG 1998 erforderlichen Eignungs- und Folgeuntersuchungen geschaffen und der Ablauf durch ein Schreiben an die Dienststellen geregelt.

Ausbau einer einschlägigen Judikatensammlung, einer Fachbibliothek sowie eines Archivs medialer Informationsträger

Sowohl die Sammlung themenbezogener Videokassetten als auch die Bibliothek wurden erweitert. Die Sammlungen dienen einerseits der grundsätzlichen Information zum Thema Bedienstetenschutz und andererseits der Bearbeitung von konkreten Einzelaufgaben zu diesem Thema. Weiters wurde der Aufbau einer Aufsatzsammlung aus juristischen und technischen Fachzeitschriften zum Thema Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutz fortgeführt. Auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts als



auch des Obersten Gerichtshofs werden – soweit diese für den Arbeitnehmer/innen- bzw. Bedienstetenschutz relevant sind – gesammelt.

Zentrales Informationsnetz mit gesundheitsrelevanten Themen („Gesundheits-Web“)

Es erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen primär die laufende Aktualisierung des bestehenden Web-Angebots. Die Konzeption eines erweiterten Portals sowie die Erweiterung des Angebots der abrufbaren Inhalte befindet sich in der Testphase.

#### Schutzimpfungen

Eine Regelung für die Verabreichung von Schutzimpfungen auf Grund bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen an Bedienstete der Stadt Wien wurde erstellt und zur Durchführung veröffentlicht.

#### Diverse Koordinationstätigkeiten

- Es wurden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie Fragen des Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutzes abgegeben.
- Im Bereich der Stadt Wien erfolgte ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der MA 34 und der Personalvertretung.
- Informationsaustausch über gesundheitsfördernde Aktionen im Bereich der Lehrlinge.
- Für neu eintretende Mitarbeiter/innen der Stadt Wien wurde eine Information über Bedienstetenschutz und berufliche Gesundheitsförderung verfasst.

#### Magistratsdirektion – Interne Revision und Personalressourcensteuerung (MD-IR)

Die Interne Revision unterstützt als Konzernrevision des Magistrats die Erreichung der grundlegenden Verwaltungsziele. Sie bewertet Effektivität und Effizienz der Kontrollen, des

Risikomanagements sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse. Die Stabsstelle orientiert sich an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision (Professional Practices Framework). Neben der Revision werden auch strategische Personalaufgaben wahrgenommen. Die Interne Revision informiert im **Internet** unter [www.wien.at/verwaltung/internrevision](http://www.wien.at/verwaltung/internrevision) sowie im **Intranet** unter [www.intern.magwien.gv.at/mir](http://www.intern.magwien.gv.at/mir).

#### Interne Revision

Der im Vorjahr mit Kontrollamt und Verwaltungsakademie ins Leben gerufene **Lehrgang für Interne Revision** wurde mit dem 11. Modul „Grundzüge des Management Audits“ abgeschlossen. Damit konnte eine wichtige Maßnahme zur Qualitätssicherung in Revision und Kontrolle etabliert werden. Die Vortragenden aus Agrarmarkt Austria, Bundeskanzleramt, Bundeskriminalamt, Gesellschaft für Wirtschaftspsychologie und Organisationsdynamik, Internen Revisionen, KDZ – Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH, Kontrollamt, Wiener Stadtverwaltung, Wirtschaftsuniversität, ÖBB und Österreichischem Rechnungshof trugen entscheidend dazu bei. Die ersten Mitarbeiter/innen nahmen Anfang 2004 an einer schriftlichen Klausurarbeit teil. Der zweite Lehrgang beginnt im April 2004.

**Revisionen** erfolgten in den Magistratsabteilungen 2, 4, 6, 7, 11, 11 A, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19, 20, 21 A, 21 B, 22, 25, 27, 28, 30, 31, 33, 34, 37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 53, 55, 56, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 70 und in Magistratischen Bezirksämtern (MBÄ) sowie in den Unternehmungen Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) und Wiener Wohnen.

**Personalrevisionen** betrachteten Zulagengebarung, Personalbedarf und Auslastung von Dienststellen und bewerteten Arbeitsplätze. Im Rahmen einer Organisationsprüfung wurden Personalentwicklungsmaßnahmen einer technischen Dienststelle betrachtet. Auf Grund von Feststellungen der Pflegeheimaufsicht im KAV waren die entsprechenden Verantwortlichkeiten und das interne Kontrollsystem zu prüfen. Personalwirtschaftliche Maßnahmen von Dienststellen waren zu beobachten. Insgesamt wurden 30 Prüfprojekte realisiert.

**Kaufmännische Revisionen** bezogen sich auf Kontrollsystem, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit im Finanzmanagement und Controlling, in der Subventionsgebarung und Wohnbauförderung. Weiters waren ausgewählte Investitionsentscheidungen, die Abwicklung EU-geförderter Projekte und eine mit SAP R/3 geführte Anlagenbuchhaltung Gegenstand der Einschau. Insgesamt wurden 14 Revisionen durchgeführt.

**EDV-Revisionen** legten den Fokus erneut auf die Wirtschaftlichkeits- und Projektprüfung von SAP R/3. Maßnahmen zur Erhöhung der Systemsicherheit wurden einem Follow-Up



Prüfung einer EDV-Anwendung durch Mitarbeiter der „EDV-Revision“.

unterzogen. Geprüft wurde ein EDV-Projekt zur Unterstützung der Liegenschaftsverwaltung. Einen ständigen Schwerpunkt stellte die Complianceprüfung von Datenschutz- und Datensicherheitsvorschriften dar. Die Weiterentwicklung bestehender E-Governmentangebote des Magistrats war ebenso Prüfungsgegenstand. Der Prozess IKT-Sicherheit wurde im Rahmen von Lenkungsgruppen begleitet. Zwölf EDV-Revisionsprojekte wurden umgesetzt.

**Technische Revisionen (Baurevisionen)** umfassten die Abwicklung von Flächenwidmungsverfahren und die Effektivität und Effizienz der Baupolizei. Die Koordination von Bauvorhaben, die Vergabe und Abrechnung von Bau- und Planungsleistungen waren Mittelpunkt von Prozess- und Systemprüfungen. Neben der begleitenden (ex ante) Prüfung aktueller Bauvorhaben wurde auch das IKS bei Ausschreibungen und Vergaben geprüft. Weiters wurde das Thema Projektplanung und Qualitätsmanagement behandelt. Das Baumanagement der Unternehmungen wurde ebenso einer Einschau unterzogen wie die Zusammenarbeit mit Baubetreuern. Es wurden 50 Revisionsprojekte bearbeitet.

**Rechtliche Revisionen** befassten sich mit Effektivität und Effizienz von Behörden, Wahrnehmung von Genehmigungsaufgaben im Interesse von Bürger/innen und Wirtschaft, aber auch mit behördlicher Aufsicht. Ein weiteres Prüfthema war die Verbesserung interner Kontrollsysteme, insbesondere des 2003 von der Stadtverwaltung neu übernommenen Fundwesens. 25 Gesetzes- und Erlassentwürfe wurden begutachtet.

Im Berichtszeitraum wurden 177 **Dienstaufsichtsbeschwerden** behandelt. Dies bedeutete gegenüber den 169 Fällen des Vorjahres keine signifikante Steigerung. Obwohl für die Dienststellen das grundlegende Verwaltungsziel der Kundenorientierung ein Hauptanliegen darstellte, waren einzelne Missverständnisse unvermeidbar. Die meisten Fälle konnten einvernehmlich gelöst werden.

Die **Volksanwaltschaft** brachte dem Landeshauptmann 443 Beschwerden zur Kenntnis. Damit war seit der im Vorjahr aufgetretenen signifikanten Steigerung mit Beginn der Fernsehserie „Volksanwalt“ kein weiteres Anwachsen zu beobachten. Die MD-IR überprüfte die Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. Vielfach waren die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt. In wenigen Fällen kam der Beschwerde Berechtigung zu. In zwei Fällen erfolgten Empfehlungen der Volksanwaltschaft. Der 24. Bericht der Volksanwaltschaft über das Jahr 2002 an den Wiener Landtag ([www.volksanw.gv.at](http://www.volksanw.gv.at)) wurde mit den Stellungnahmen der Landesregierungsmitglieder in den Ausschüssen und am 27. November 2003 im Wiener Landtag beraten.

## Personalressourcensteuerung

Im Rahmen der Personalressourcensteuerung bereitete die MD-IR quartalsmäßig Verbrauchswerte bei den Personalausgaben auf und analysierte relevante Abweichungen. Ein Schwerpunkt lag in der federführenden Leitung und Organisation des **Monitoring-Projektes**. Ziel dieses Projektes der MD-IR ist es, den Dienststellen (Geschäftsgruppen) ab 2004 ein Steuerungsinstrument für ihre Personalausgaben zur Verfügung zu stellen. Das Monitoring unterstützt damit die Einführung von Kontraktmanagement. Das geplante System wird Informationen aus Bezugsverrechnung, Dienstpostenplan und Finanzverwaltung verarbeiten. Bereits 2003 wurde eine Berechnungshilfe für das operationalisierte Verwaltungsziel „Personalausgabenprognose 2005“ erstellt. Die Tabellen beinhalten die 2004 geltenden Gehaltsansätze (Schemata) und Überstundensätze. Dienststellen, die für 2004 noch keinen Kontrakt abschließen, können die Berechnungshilfen zur Kalkulation von Personalmaßnahmen nutzen. Weiters vertrat die Stabsstelle den Geschäftsbereich Personal und Revision im Lenkungsausschuss „Balanced Scorecard (BSC)“, im SAP-Workshop sowie im SAP-Lenkungsgruppe.

Im Zusammenhang mit **Änderungen der Geschäftseinteilung** für den Magistrat der Stadt Wien mit 1. Mai 2003 (Zusammenführung und Neustrukturierung der MA 23, MA 24 und MA 32 zur neuen MA 34, Auflassung der MA 40 und Übertragung der Aufgaben an die MA 25 und MA 69) und Änderungen bei den Geschäften des Magistratsdirektors im ersten Halbjahr sowie der Zusammenlegung der MA 12 und der MA 47 zur MA 15 A mit 1. Jänner 2004 waren Dienstpostenpläne neu festzulegen.

Im Wiener Krankenanstaltenverbund erforderten die Teilbetriebnahmen des GZ Favoriten bzw. der Akutgeriatrie im Kaiser-Franz-Josef-Spital, die Leistungserweiterungen in den Bereichen Dialyse im Kaiser-Franz-Josef-Spital und Orthopädie im SMZ-Ost sowie die Einrichtung des Departments Semmelweis-Frauenklinik in der Krankenanstalt Rudolfstiftung neue Dienstpostenpläne. Personalmaßnahmen konnten gemäß Ermächtigung von der Generaldirektion weithin selbstständig vorgenommen werden. Die Modelle flexibler Dienstpostenbewertungen wurden für Kanzleibedienstete „M“ (medizinischer Bereich) und pharmazeutische Assistent/innen erweitert.

Insgesamt langten 757 Anträge auf **Schaffung, Streichung bzw. Bewertung von Dienstposten** ein. Die Zahl der vollen Bezüge blieb stabil. Der Bedarf für neue Services (Fundwesens), Leistungserweiterungen (Sozialhilfefälle und UVS Wien) und neue Ausbildungserfordernisse (Rettungs-sanitäter) wurde mit Rationalisierungen in anderen Bereichen ausgeglichen. Die Gliederung der Unternehmung KAV in Teilunternehmungen erforderte eine Evaluierung der Bewertungsstrukturen.

Vom **Dienstpostenplan** waren Besetzungen von Dienstposten im Wege von Neuaufnahmen, Versetzungen und Verwendungsänderungen automationsunterstützt freizugeben. Sämtliche Verfügungen über die Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten einschließlich Transferierungen, Umwandlungen und Sperren wurden im WIPIS Dienstpostenplan vorgemerkt. Ebenso wurden Neuorganisationen im Dienstpostenplan berücksichtigt. Die MD-IR erstellte den Nachweis über das ständige Personal und den Dienstpostenplan für den Voranschlag 2004 sowie den Nachweis über das ständige Personal für den Rechnungsabschluss 2002.

Das **Dienstreisewesen** wurde nahezu vollständig dezentralisiert. In fünf Dienststellen wurde die Dienstreisegebarung (Organisation, Wirtschaftlichkeit, Wissensweitergabe, Dokumentation) geprüft. Für 43 Dienststellen startete die MD-IR Mitte 2003 ein Pilotprojekt zur wirtschaftlicheren Abwicklung von Dienstreisen. Auf Grund einer Ausschreibung wurde dafür ein gemeinsamer Reiseveranstalter ausgewählt. Buchungen erfolgen über Intranet und E-Mail.

Im Rahmen der **Überstundensteuerung** wurden die Dienststellenleiter/innen ermächtigt, erforderliche Mehrleistungen bis zur Höhe des Vorjahresverbrauchs zu verrechnen bzw. in unumgänglichen Fällen den im Voranschlag vorgesehenen Betrag auszuschöpfen. 57 zweckgebundene Jahresstundenkontingente wurden zuerkannt. Die Entwicklung der Ausgaben und der verrechneten Einheiten wurde beobachtet, Dienststellenleiter/innen wurden bei Bedarf informiert und beraten. In ausgewählten Dienststellen wurde die sparsame und wirtschaftliche Überstundengebarung und die ordnungsgemäße Verrechnung von Zulagen gemäß Nebengebührenkatalog (NGK) geprüft. Die Zuerkennung von **Nebengebühren** wurde weitgehend dezentralisiert und von den Dienststellen direkt mit der MA 2 abgewickelt. Die Einhaltung der im NGK enthaltenen Anspruchsvoraussetzungen sowie einzelne Zuerkennungen von Nebengebühren wurden an Ort und Stelle überprüft und führten teilweise zu Anpassungen des NGK. 247 Anträge auf **Kilometergeld** und die Jahresabrechnungen der 1.434 Kilometergeldbezieher waren zu prüfen und bei Übergüssen der Einbehalt durch die MA 2 zu veranlassen.

Die **Personalsicherstellung** erfolgte für das Volksbegehren „Atomfreies Europa“ vom 10. bis 17. Juni 2003. 252 Mitarbeiter/innen arbeiteten freiwillig als Leiter/innen von Eintragungsstellen, Stellvertreter/innen und Ordner/innen. Über die Personalsicherstellung wurde auf der Homepage der MD-IR unter [www.intern.magwien.gv.at/mir/](http://www.intern.magwien.gv.at/mir/) informiert. Mitarbeiter/innen der MD-IR wirkten im Auftrag der Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten an Personalauswahlverfahren (Hearings) mit.

## Wiener Antikorruptionsprojekt

An einer Befragung zum Thema „Korruptionsprävention“ beteiligten sich Anfang 2003 mehr als 80 Prozent der Dienststellenleiter/innen des Wiener Magistrats. Die Studie ergab ein hohes Problembewusstsein. Die überwiegende Zahl der Befragten (68 Prozent) hielt Prävention, aber auch konsequente Verfolgung von Einzelfällen für wichtig. Die meisten Leiter/innen verurteilten bereits „kleine Aufmerksamkeiten“ als schädlich für das Image der Verwaltung. Bewusstseinsbildung, Schulung und Aufklärung der Mitarbeiter/innen wurden als besonders wichtig eingeschätzt. Im Zuge des Schulungsprogramms der Verwaltungsakademie wurden 2003 bei Newcomerschulungen 406, in Dienstprüfungskursen 188, in der fachlichen Grundausbildung 31, im Lehrgang für Interne Revision 18, in Nachwuchsführungskräftelehrgängen 78, in Managementlehrgängen 27 sowie 290 Personen in dienststelleninternen Workshops, insgesamt also 1.038 Mitarbeiter/innen mit dem Thema Korruption vertraut gemacht.

Die von Magistratsdirektor Dr. Theimer für zwei Jahre eingesetzte Projektgruppe erarbeitete unter der Federführung der Internen Revision z. B. Ratschläge im Zusammenhang mit der verbotenen Geschenkkannahme, eine Checkliste zum Thema „Sponsoring“ und beriet Maßnahmen wie „Personalrotation“. Fragen der Dienstethik waren ebenso Gegenstand wie das Verhältnis von Kontrolle und Vertrauenskultur. Im Vordergrund standen aber Vorschläge für die nachhaltige Integration von Korruptionsprävention in die Unternehmenskultur des Magistrats der Stadt Wien. Sie bezogen sich auf Schulung, Motivation, Öffentlichkeitsarbeit und Institutionalisierung der Antikorruptionsarbeit. Die Arbeit der Projektgruppe fand Interesse beim Verwaltungsmanagement europäischer Städte (Prag, Sofia). Präsentationen erfolgten weiters im Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten des Österreichischen Städtebundes und bei der Veranstaltung des Bundeskanzleramtes „Korruptionsbekämpfung im System Verwaltung“ auf Schloss Laudon.

Sämtliche Ergebnisse und Berichte finden sich sowohl im Intranet unter [www.intern.magwien.gv.at/mir/antikorruption/](http://www.intern.magwien.gv.at/mir/antikorruption/) als auch im Internetangebot der Stadt Wien unter [www.wien.at/verwaltung/internerevision/antikorruption.htm](http://www.wien.at/verwaltung/internerevision/antikorruption.htm). Anfang 2004 wird die Projektgruppe „Bekämpfen der Korruption“ ihre Arbeit mit einem Gesamtbericht vorerst abschließen. Das Thema Korruptionsprävention wird auf der Agenda bleiben.

## Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den ca. 1.630 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 19.290 Mitarbeiter/innen teilgenommen. Die **Newcomer-Schulung** ist Teil der Grundausbildung und erfasst alle neu aufgenommenen Mitarbeiter/innen der Verwendungsgruppen A bis D

sowie Bedienstete, die in eine andere Verwendungsgruppe überstellt wurden. In sieben Modulen im Gesamtausmaß von 56 Stunden wurden 406 neu eingetretene Mitarbeiter/innen im Sinne des **New Public Managements** über allgemein relevante Wissensbereiche des Konzerns Magistrat Wien informiert.

Im Berichtsjahr wurde bereits der **2. Aufstiegslehrgang** für Bedienstete mit Erfahrung im Kanzleidienst angeboten. Mit dem positiven Abschluss des Qualifizierungslehrgangs eröffnet sich für weitere 30 Teilnehmer/innen ein neuer Karriereweg, da die erfolgreiche Absolvierung dieses Lehrgangs die Chance für den Aufstieg in die Verwendungsgruppe B bietet.

Von den als Ergebnis der Arbeit des Managementforums Personal begonnenen Projekten zur **Reform der Dienstprüfungskurse und der Dienstprüfungen** konnten im Jahr 2003 auch jene für den höheren Verwaltungsdienst und den Fachverwaltungsdienst sowie für den höheren technischen Dienst, den technischen Fachdienst und den technischen Dienst mit der Genehmigung des Projektberichts erfolgreich abgeschlossen werden. Die Inhalte der Dienstprüfungskurse und die Anforderungen, die an die Bediensteten der Stadt Wien bei der Dienstprüfung gestellt werden, wurden im Zuge dieser Projekte evaluiert und an die **Anforderungen einer modernen Verwaltung** angepasst. Als Ergebnis der Reform der Dienstprüfungskurse wurden folgende fachliche Grundausbildungen neu geschaffen: Gewerberecht und Nebenbestimmungen, Grundzüge der Versicherungspflicht nach dem ASVG, Umweltrecht und Baurecht jeweils für Jurist/innen. Die fachlichen Grundausbildungen im Bereich Budget- und Haushaltswesen wurden evaluiert und reformiert.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter/innen hat die Verwaltungsakademie ihre Broschüren und Plakate durch eine flexible und ständig aktuelle **Präsentation der Veranstaltungen im Intranet** ersetzt. Dadurch kann besser auf Tagesanliegen der Kund/innen eingegangen und können Anmeldungen zu den einzelnen Veranstaltungen „online“ durchgeführt werden. Die Verwaltungsakademie hat bei den allgemeinen Aus- und Fortbildungsangeboten schrittweise ihr Augenmerk weiter auf zentrale Anliegen gelegt und setzt verstärkt auf zielorientierte und bedarfsorientierte Schulungsmaßnahmen in den Dienststellen.

In den 18 allgemein ausgeschriebenen **frauen-spezifischen Seminaren** mit insgesamt 396 Teilnehmer/innen wurde Führungsverhalten, Karriereplanung, Kommunikationsverhalten, Selbstmanagement, Methoden zur Stärkung des Selbstbewusstseins sowie Unterstützungsmaßnahmen zur Koordination von Beruf und Familie trainiert. Der Bedarf an frauenfördernden Veranstaltungen zeigte sich wieder an der Anzahl der Zusatztermine, die auf Grund des großen Interesses an diesen Vorträgen angeboten werden mussten.

Im Bereich der **Sprachausbildungen** wurde im Jahr 2003 das Seminar „Polish your English“ neu in das Programm aufgenommen und somit eine lückenlose Heranführung an das Niveau „Fortgeschrittene“ im Englischen angeboten. Drei Seminare, „Brush up your English“, „Polish your English“ und „Advanced English for the Public Official“ gewährleisten auf einander aufbauend den Grundstock an englischen Sprachkenntnissen für den dienstlichen Gebrauch. Um dem Bedarf an Französischkenntnissen für Teilnehmer/innen mit EU-Kontakten nachzukommen, wurden zusätzlich Intensivseminare durchgeführt. Weiters wurden vom Sprachreferat der Verwaltungsakademie auch zwei Anfänger/innenkurse für **Gehörlose** organisiert.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Pilotprojektes „Die Stadt Wien und der Euro“ wurde seitens der MD-VA eine Bildungsoffensive unter Verwendung von Elementen des eLearning gestartet. Dabei wurden in-house-produzierte webbasierte **eLearningprogramme** zu den Themen „Das Mitarbeiter/innenorientierungsgespräch“, „MS Outlook“ und „MS Winword“ den Mitarbeiter/innen der Wiener Stadtverwaltung über das Intranet zum Selbststudium angeboten, die bei weiterem Schulungsbedarf durch Workshops in klassischen face-to-face-Veranstaltungen ergänzt wurden (blended learning). Nach der Einführung konnten in nur zwei Monaten über 9.000 Besuche von über 4.000 unterschiedlichen PCs auf dem Lernportal verzeichnet werden.

Die Nachfrage nach Schulungsveranstaltungen, die Produkte zum Inhalt haben, die ausschließlich beim Magistrat Verwendung finden, wie z. B. VIPer, alle Formen des elektronischen Aktes wie ELAK/Fabasoft Components, ZBM, Gewereworkflow der Magistratischen Bezirksämter oder eRecht sowie nach gezielten MS Outlook Schulungen war im Jahr 2003 unverändert groß.

Weiters konnten wiederum zwei Aktualisierungen der CD-ROM „VWGHGA im Volltext“ abgeschlossen werden. Das gemeinsam mit der Jusline GmbH (ehemals Österreichische Staatsdruckerei) bestehende Projekt „Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes im Volltext auf CD-ROM“ wurde den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien aktuell aufbereitet zur Verfügung gestellt.

Die zur Einführung von **Controlling** im Magistrat der Stadt Wien geschaffenen Ausbildungen wurden auch im Jahr 2003 durchgeführt. Die freiwillig abzulegende schriftliche Prüfung zur Erlangung des Controllingdiploms für den Magistrat der Stadt Wien wurde von 18 Mitarbeiter/innen erfolgreich bestanden.

Die **Führungskräftenachwuchsausbildung** für Akademiker/innen wurde 2003 von einer weiteren Gruppe von Mitarbeiter/innen erfolgreich mit einem Hearing vor Vertretern des Top-Managements abgeschlossen. Nach Qualifizierung über ein zweitägiges **Förder-Assessment-Center** haben die Teilnehmer/innen in diesem Lehrgang eine weit reichende Ausbildung in Sozialer Kom-

petenz, Präsentationstechniken, Selbstkompetenz, Umgang mit Medien, Grundlagen des New Public Managements, ergebnisorientierter Planung und Steuerung, Führungstechniken sowie betriebswirtschaftlichem Grundwissen erhalten. Eine Gruppe hat die Ausbildung im Jahr 2003 begonnen. Die Absolvent/innen dieses Lehrgangs sollen gemeinsam einen Führungskräftenachwuchs-Pool bilden, aus dem künftige Führungskräfte der Stadt Wien ausgewählt werden können.

## Magistratsdirektion – Organisation und Controlling (MD-OC)

Im Juni 2003 wurden die MD – Verwaltungsorganisation und die MD – Betriebswirtschaft und Controlling zu einer Dienststelle „MD – Organisation und Controlling“ zusammengelegt. Ein neues Logo und ein neues Leitbild wurden entwickelt. Die ersten Synergieeffekte ergaben sich im Bereich Qualitätsmanagement durch die Abbildung des Qualitätsmanagementsystems „Common-Assessment-Framework“ im Strategic Process Management (SPM) Software-Modul der Firma SAS, in dem inzwischen auch das gesamte Kontraktmanagement abgebildet wird.

## Organisationsprojekte

- Unter dem Titel „Soziale Sicherheit in Wien“ wurde ausgehend von Empfehlungen der Arthur Andersen Business Consulting, des Kontrollamtes und der Arbeitsgruppe „Alt werden in Wien“ eine umfangreiche Strukturreform im Sozialbereich vorbereitet. Sie folgt modernen Prinzipien des New Public Managements und strebt eine Versorgungslandschaft im Sinne einer „mixed economy“ an. Zur Verwirklichung gesundheits- und sozialpolitischer Vorgaben erfolgt eine grundlegend neue Ordnung der Kompetenzverteilung zwischen Hoheit, Steuerung und Umsetzung. In Zukunft sollen im Magistrat primär rechtliche, strategische und planerische Angelegenheiten sowie die Abwicklung der individuellen Sozialhilfe konzentriert werden, während der Fonds Soziales Wien als zukünftige Aufgabenschwerpunkte das Steuerungs- und Vertragsmanagement, das Förderwesen sowie das Controlling und das Berichtswesen im Sozial-, Behinderten- und Altenpflegebereich wahrnehmen wird. Er wird damit wesentliche Steuerungsaufgaben gegenüber der dritten Ebene (den leistungserbringenden Organisationen) erfüllen. Die Auflösung der Magistratsabteilungen 12 – Wien Sozial und 47 – Pflege und Betreuung und die Zusammenfassung der bisher von diesen beiden Magistratsabteilungen wahrgenommenen Aufgaben in der neu geschaffenen Magistratsabteilung 15 A – Soziales, Pflege und Betreuung in der Geschäftsgruppe für Gesundheit und Soziales dient als Zwischenschritt für eine zukünftige Neuorganisation der Aufgabenverteilung ab 1. Juli 2004. Die Realisierung all dieser Organisationsmaßnahmen erfolgt auf Basis einer vom Gemeinderat am 19. Dezember 2003 beschlossenen Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.
- Am 1. Februar 2003 wurde das Pass- und Fundwesen in Betrieb genommen. In den Magistratischen Bezirksämtern wurde die Infrastruktur dem Betrieb entsprechend angepasst und verbessert. Die Fundwesen-Software „Fundamt.gv.at“ wurde ebenso weiter entwickelt.
- Als neues Projekt wurde die „Neugestaltung der Integrationsaufgaben“ begonnen.
- Unter Projektleitung der MD-OC wurden die externen Untersuchungen der Magistratsabteilungen 14 und 37 durchgeführt. Seitens der MD-OC wird auch die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse durch die MA 37 im Rahmen eines Projekts begleitet. Weiters wurde eine interne Untersuchung hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen den Magistratsabteilungen 64 und 65 durchgeführt.

## Weitere Organisationsaufgaben

- Mehrere Erlässe gemäß Art IV der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden verfasst, u. a. betreffend Vollziehung des Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002 durch die MA 64 und MA 65 sowie betreffend Vollziehung des Pass- und Fundwesens durch die MA 62, MA 68 und die Magistratischen Bezirksämter.
- Weiters wurden für die Magistratsabteilungen 34, 39, 44, 53 und die MD-BD Organisationsänderungen gemäß § 68 Abs. 2 DO 1994 (Versetzungen in den Ruhestand) geprüft.
- Eine Kostenschätzung zum Thema „Grünbuch der Kommission – Verfahrensgarantien im Strafrecht innerhalb der EU“ war durchzuführen.
- Die Genehmigung der Gebietsgruppe Süd der MA 37 nach § 5 Abs. 2 GOM konnte erteilt werden.
- Weitere Genehmigungen betrafen die Einführung von Workflow-Abläufen (z. B. in der MA 60) und Dienststellenlogos.

## Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien (Wirksamkeitsbeginn 1. Mai 2003) mit dem Schwerpunkt der Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 23, 24 und 32 zur Magistratsabteilung 34 – Bau- und Gebäudemanagement wurde durchgeführt. Eine weitere Änderung (Wirksamkeitsbeginn 1. Jänner 2004) mit dem Kernthema der Zusammenführung der Agenden der Magistratsabteilungen 12 und 47 in der neuen Magistratsabteilung 15 A – Soziales, Pflege und Betreuung wurde vorbereitet.

## Gesetzesbegutachtungen

Zu diversen Gesetzesentwürfen – insbesondere aus den Themenbereichen e-Services, Vergaberecht sowie Gesundheit und Soziales – waren Stellungnahmen abzugeben, beispielsweise zum Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung betreffend die Erstellung und Übermittlung von elektronischen Angeboten im Vergabeverfahren

oder dem Bundesgesetz, mit dem ein e-Government-Gesetz erlassen sowie das AVG 1991, das Zustellgesetz und das Gebührengesetz 1957 geändert werden.

#### Verwaltungsziele

In 25 Dienststellen wurden die von der Verwaltungsspitze vorgegebenen Verwaltungsziele in ersten Schritten umgesetzt. Die eingelangten Berichte zu den Themen „Einführung von Kostenrechnung und Zeiterfassung“, „Weiterführung der Budgetkonsolidierung“ sowie „Erledigungsstandards bei Anfragen, Ersuchen und Beschwerden“ wurden ausgewertet. Darauf aufbauend konnten weiterführende Operationalisierungsschritte an die Dienststellen rückgemeldet werden.

Auch wurden die „flächendeckende Einführung von Mitarbeiter/innen-Orientierungs-Gesprächen“ sowie die „Ausbildungsplanung zur zielgerichteten Personalentwicklung“ durch die Vorgaben der Verwaltungsziele systematisch entwickelt. Weitere 32 Dienststellen werden 2004 mit der Umsetzung der Verwaltungsziele beginnen.

#### Kontraktmanagement

Durch die Überführung des Kontraktmanagements in die SAS-Software konnte das Ziel umgesetzt werden, über eine breit nutzbare Web-Oberfläche mit unterschiedlichen Ebenen der Zugriffsberechtigung strategisch relevante Ziele, Zielerreichungsgrade und Kennzahlen aus den Kontraktssystemen der Dienststellen den Managementebenen in effektiver Form zur Verfügung zu stellen. In weiterer Folge soll die Papierform von Kommunikation und Berichtswesen im Rahmen des Kontraktmanagements weitgehend durch eine elektronische Abwicklung ersetzt werden. Ende 2003 waren insgesamt 57 Dienststellen am Kontraktmanagement beteiligt. Das entspricht einer Flächendeckung von 70 Prozent.

#### Qualitätsmanagement

Mit der Verknüpfung von Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement wird eine kontinuierliche Steigerung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsleistungen gewährleistet. Der Wiener Weg des **integrativen Qualitätsmanagements** bietet ein den Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung bestmöglich angepasstes und wirtschaftliches Modell zur ständigen Verbesserung. Speziell das im Vorjahr erprobte und nun schrittweise eingeführte Selbstbewertungssystem Common Assessment Framework – CAF leistet dabei wertvolle Unterstützung. Internationales Interesse am Wiener Modell des integrativen Qualitätsmanagements führte zu einem Vortrag darüber im Rahmen des 9. Verwaltungsreformkongresses in Bremen sowie zu einer Präsentation im Rahmen des Europäischen CAF-Events „Self-Assessment and Beyond“ in Rom, wo auch das magistratseigene „CAF-Tool“ als Bindeglied zwischen Qualitätsmanagement und Balanced Score Card vorgestellt wurde. Delegationen europäischer Staaten zeigten

sich bei ihren Besuchen ebenfalls am Qualitätsmanagement und der Verwaltungsmodernisierung interessiert. Der hohe Leistungsstandard der Stadt Wien begünstigt auch die Teilnahme einzelner Dienststellen an nationalen und internationalen **Wettbewerben**, etwa dem UNAward 2003, bei dem die MD-OC koordinierend mitwirkte.

#### Betriebliches Vorschlagswesen der Stadt Wien (BVW)

Im Rahmen des BVW langten 243 Anregungen zentral in der Geschäftsstelle des BVW und 105 direkt in den Dienststellen ein. Insgesamt konnten 104 Vorschläge abschließend positiv bewertet werden. Die Summe der dabei zuerkannten Prämien betrug 49.440 EUR. Allein in jenen 23 Fällen, in denen ein Nutzen exakt berechnet werden konnte, beträgt die Nettoeinsparung im ersten Jahr der Anwendung rund 2.170.000 EUR. Darin enthalten ist eine Investitionskostenersparnis von 1,5 Mio. EUR betreffend die Neugestaltung des Hochwasserpumpwerks Simmering, die damit die bisher höchste, durch einen einzelnen Vorschlag erzielte Einsparung im Rahmen des BVW der Stadt Wien darstellt. Als nicht zweckmäßig umsetzbar erwiesen sich 178 Vorschläge.

#### Informations- und Beratungstätigkeit

Im Rahmen der magistratsinternen Informations- und Beratungstätigkeit wurden interessierten Mitarbeiter/innen des Magistrats neueste Gutachten und Berichte des Verbands für kommunales Management (KGSt) zu den verschiedenen Themen der **Verwaltungsmodernisierung** zur Verfügung gestellt, im Jahr 2003 vor allem Informationen über professionelle Personalauswahl, über elektronische Vergabe und Beschaffung, über kennzahlengestütztes Personalcontrolling und über Erfolgsfaktoren kommunaler Gebäudewirtschaft. Weiters wurden wichtige Beiträge zur Verwaltungsreform aus anderen Quellen (Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag, Deutsches Bundesverwaltungsamt usw.) den betroffenen Dienststellen nahe gebracht. Das Feedback in diesem Zusammenhang war mehr als erfreulich. 96,4 Prozent der Antworten enthielten die Bewertungen „Information unmittelbar verwertbar“ oder „Information interessant“. Der Fachausschuss für Rahmenschriftstücke brachte u. a. seine langjährigen Erfahrungen mit Vordrucken in das Projekt „Wien spricht anders“ ein.

#### Magistratsdirektion – EDV- und Informationsangelegenheiten (MDI)

#### Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) – Strategie und Richtlinien

Die IKT-Strategie der Stadt Wien wurde fortgeschrieben und die strategischen Vorgaben (IKT-Infrastruktur; Register, Anwendungen und Funktionen; Leistungs- und Produktkatalog etc.) präzisiert. Checklisten zu den Zielen der IKT-Strategie und zum Verwaltungsziel „weiterer qualitätsvoller Ausbau des E-Government-Leis-

tungsangebotes“ wurden wirksam. Im Jahr 2003 wurden folgende **Lenkungsausschüsse** mit strategischen Vorhaben eingerichtet: ETM (Erneuerung Telefonie Magistrat), WAIS (Wiener Archiv-Informationssystem) und ZBM (Zentrales Bürgeranliegenmanagement). Im Projekt „geografische Wissensdatenbank“ wurde eine Defizitliste zum Geodatenhaushalt der Stadt Wien erarbeitet und damit eine wesentliche Vorarbeit zu einem GIS-Masterplan erstellt. Für das IKT-Infrastrukturprojekt „Funknetz Wien“ wurde mit den Vorarbeiten begonnen. Zur Beantwortung der Frage, ob ein Einsatz von **Open Source Produkten** auch an den Arbeitsplätzen der Mitarbeiter/innen der Stadt Wien in wirtschaftlicher, organisatorischer und strategischer Sicht für die Stadt Wien von Bedeutung ist und Sinn macht, wurden im Jahr 2003 Vorarbeiten und Initiativen gesetzt.

## Strategisches Controlling und Berichtswesen

Die vorhandenen **Kennzahlensysteme** wurden von der MA 14 in die Balanced-Score-Card übernommen. Es wurde auch ein Kennzahlensystem mit der KAV-EDV in Teilbereichen entwickelt und auf ihre Aussagekraft für eine effiziente Steuerung der IKT hin überprüft. Da in einigen Bereichen die Grundlagen für diese Kennzahlen erst geschaffen werden mussten und daraus verwertbare Ergebnisse für ein strategisches Controlling erst nach einem längeren Beobachtungszeitraum vorhanden sind (bis zu einem Jahr), ist die im Jahr 2003 in Produktion gegangene Version noch nicht vollständig. Im Jahr 2004 werden die noch fehlenden Kennzahlen von den IKT-Dienststellen geliefert werden. Das gemeinsam mit der MD-OC ausgewählte Software-Tool für eine rasche Implementierung einer Balanced-Score-Card als umfassendes Controlling- und Berichtsinstrument auch für das Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement ist seit 2003 im produktiven Einsatz und wird 2004 weiter ausgebaut werden.

## Electronic Government – Schirmprojekt eVienna

Das Electronic-Government-Schirmprojekt eVienna, welches im Jänner 2001 gestartet wurde, wurde Ende 2003 abgeschlossen. Das Ziel dieses Projektes war es, innerhalb dieser drei Jahre Projekte abzuwickeln, die den Bürger/innen und Unternehmen die Inanspruchnahme interaktiver Verwaltungsdienstleistungen übers Internet ermöglichen.

68 E-Government-Projekte wurden realisiert und können im Virtuellen Amt in [www.wien.at](http://www.wien.at) abgerufen werden. Es wurde auch eine Basisinfrastruktur für elektronisches Bezahlen, für die Terminvereinbarung übers Internet, für Formular-Uploads sowie für Aktenstatus-Feststellung und Akteneinsicht geschaffen, um darauf aufbauend Anwendungen mit geringen Grenzkosten zu entwickeln. Weiters wurden **Amtshelferseiten** entwickelt, um die Benutzerfreundlichkeit für die Kunden zu steigern.

Der Nutzungsgrad der Anwendungen durch die Kunden stieg von 14 Prozent zu Projektbeginn auf 25 Prozent zu Projektabschluss. Die durchschnittliche Zeitersparnis für die Kunden beträgt rund 162.000 Stunden pro Monat durch die Nutzung der E-Government-Anwendungen anstelle der traditionellen Amtswege. Die Ersparnis für die Verwaltung wird auf rund 1.041.400 EUR pro Monat geschätzt. Dem gegenüber stehen Projektkosten in der Höhe von 3.873.942 EUR was annähernd den Ersparnissen in einem Quartal entspricht.

eVienna steigerte den **Imagegewinn** für die Stadt Wien: Bürgerbefragungen über die Zufriedenheit bei der Verwendung des virtuellen Amtes in [wien.at](http://wien.at) ergaben die Noten 2,1 (2002) und 1,8 (2003) nach dem Schulnotensystem. Neben einer Reihe von Auszeichnungen für die E-Government-Anwendungen der Stadt Wien sticht die Bewertung, dass das Wiener Gewereregister das drittbeste unter allen europäischen interaktiven Behördendiensten ist, heraus.

Der Bekanntheitsgrad der E-Government-Aktivitäten der Stadt Wien geht weit über die EU-Grenzen hinaus: Die Stadt Wien wurde von der Stadt Ipoh (Malaysia) eingeladen, beim E-Government-Proposal „EIVC – EU-IPoh Virtual City“ als europäischer Partner mitzuwirken. Die Europäische Kommission genehmigte dies und wird dieses Projekt aus EU-Mitteln fördern.

## Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Im Auftrag der Landeshauptleute wurde gemeinsam mit Bund, Städtebund und Gemeindebund ein **E-Government-Masterplan** mit 42 Maßnahmen erstellt. Zur Umsetzung wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen Wien vertreten ist. In drei Arbeitsgruppen hat Wien die Leitung über: beim Adressregister (Q-AR), bei der Erweiterung des Portalverbunds (bei dem Wien seit Anfang 2003 teilnimmt) und beim Styleguide (der in Wien verpflichtend ist). Die Masterplan-Aktivitäten wurden auch im Rahmen der E-Government-Offensive des Bundes fortgesetzt und im sogenannten E-Cooperation-Board ([www.cio.gv.at.7service/brochures/IPEGov-Offensive.pdf](http://www.cio.gv.at.7service/brochures/IPEGov-Offensive.pdf)) vertreten.

Bei der Erstellung des **E-Government-Gesetzes** wurde mitgearbeitet. Mit dem E-Government-Gesetz sollen die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Kommunikationstechnologie in Österreich verbreitert und in ihrer Qualität vertieft werden. Es soll damit ein neues Instrumentarium für sichere elektronische Kommunikation geschaffen werden, das zwischen Bürger/innen und Behörden eingesetzt werden kann und gleichzeitig Synergieeffekte im gesamten Bereich des rechtserheblichen elektronischen Verkehrs in Österreich erzielen soll.

Das E-Government-Gesetz enthält insbesondere Regelungen über

- die Identifikation und Authentifizierung im elektronischen Verkehr mit öffentlichen Stellen,

die „Bürgerkarte“ als ein neues Mittel zum elektronischen Identitätsnachweis samt elektronischer Signatur, das im öffentlichen wie im privaten Bereich einsetzbar ist,

- den elektronischen Datennachweis,
- ein technisch sicheres Verfahren der elektronischen Zustellung,
- die Anpassungen des Verwaltungsverfahrensrechts.

Weiters wurde beim Gebäude- und Wohnungsregistergesetz und bei der Novelle des Vermessungsgesetzes (Verankerung des Adressregisters im Grenzkataster) mitgearbeitet, um klare und umsetzbare Festlegungen zu erreichen. Zur Harmonisierung des Räumlichen Bezugssystems Wien (RBW) mit dem neuen Adressregister wurde auch an der Erstellung einer entsprechenden Dienstanzweisung für die Ordnungsnummern- und Adresscode-Vergabe sowie für die Verortung mitgewirkt.

#### Informations- und Kommunikationstechnologie-Konferenzen

Vom 23. bis 25. März 2003 fand in Hradec Kralové „The International Conference on Local and Regional Information Society (ISS/LORIS 2003)“ statt. Einer der Hauptinhalte der Konferenz war der Informationsaustausch über die Entwicklungen der Informationsgesellschaft (insbesondere zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den EU-Beitrittsländern) sowie die elektronischen Services für Bürger/innen und Wirtschaftstreibende.

Im Rahmen des Städtenetzwerks **TeleCities**, ein Tochter-Netzwerk von EURO-CITIES, ist die Stadt Wien im Steering Committee als „Former President“ (2001–2002) und als Repräsentantin für die österreichischen Städte vertreten. An den folgenden Konferenzen und Arbeitsgruppensitzungen, die thematisch auf die Präsidentschaft Wiens zurück gingen, nahm die MDI im Jahr 2003 teil:

- 5. bis 7. März: „ICT Cluster and City Dynamics: Does Policy Matter?“ in Dublin/Irland,
- 25. bis 27. Juni: „eDemocracy and Smart Cities“ in Tampere/Finnland,
- 7. bis 10. Oktober: „Seaport to ePort – Putting the customer at the heart of every thing we do“ in Liverpool/England,
- 25. bis 28. November: „Towards a better quality of life in the cities“ in Porto/Portugal.

Vom 7. bis 8. Juli 2003 fand in Como/Italien während der italienischen EU-Ratspräsidentschaft die E-Government-Konferenz 2003 der Europäischen Kommission statt, bei der der **E Government-Award 2003** vergeben wurde. Frau OAR Götzl wurde von der Europäischen Kommission zur Evaluierung der eingereichten Projekte eingeladen. Die Stadt Wien selbst reichte folgende Projekte ein:

- Baby-Point im AKH
- Trauungsterminreservierung online
- Behindertenzone elektronisch beantragen
- Flächenwidmungs- und Bebauungspläneinsicht online

- Diskussionsplattform [forum.wien.at](http://forum.wien.at)
- Bürgeranliegen online

#### EDV-Personelles

Im Arbeitskreis „EDV-Zulagen“ wurde unter der Federführung der MA 1 gemeinsam mit der MD-IR, MA 14 und dem Wiener Krankenanstaltenverbund der Nebengebührenkatalog hinsichtlich der EDV-Zulagen überarbeitet sowie Richtlinien und Erläuterungen dazu heraus gegeben. Ziel dieser Überarbeitung ist die verbesserte Transparenz und eine Dokumentation zur erhöhten Nachvollziehbarkeit.

Im Arbeitskreis „Reform der Dienstprüfung des höheren technischen Dienstes“ wurde unter der Federführung der MD-VA die Basis für die neue technische Dienstprüfung geschaffen, bei der das EDV-Personal speziell berücksichtigt wurde.

#### Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD)

Im Berichtsjahr leitete der Stadtbaudirektor als Vertreter der Stadt Wien einen Ausschuss, der sich mit allen aktuellen Problemen zwischen der ÖBB und der Stadt Wien, wie z. B. Grundstückstransaktionen, Entwicklung des Westbahnhofes, Hauptbahnhof Wien – Europa Mitte sowie diversen Festlegungen betreffend den Ausbau der Schnellbahnlagen S 7 und S 80, befasst hat. Im Rahmen der Leitung des Lenkungsausschusses Stadt Wien/ASFINAG/ÖSAG durch den Stadtbaudirektor wurde der Autobahnausbau in und um Wien begleitet sowie hinsichtlich Termineinhaltung, Planungsfortschritt und Umsetzung gesteuert. Weiters wurden unter Vorsitz des Stadtbaudirektors die Infrastrukturkommission und die Kommission für die Optimierung von Grundstücksangelegenheiten weitergeführt. Betreffend den öffentlichen- und Individualverkehr hat der Stadtbaudirektor zahlreiche Gespräche auf Basis des **Masterplans Verkehr** geführt. Der Autobahnring um Wien mit Donauquerung wurde genauestens untersucht und es wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft, sodass eine entsprechende Prioritätenreihung vorgenommen werden konnte. Das Variantenpaket für die Trassierung der Nord-Ost-Umfahrung wurde auf zwei Trassen reduziert, welche nunmehr in einem Vorprojekt weiter untersucht werden. Bezüglich der 4. Ausbaugeneration der U-Bahn haben Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie stattgefunden und es konnte auf Beamtenbene ein Konsens erzielt werden, welcher nunmehr der politischen Ebene zugeführt wurde.

Die MD-BD hat im Rahmen des **Kontraktmanagements** beratende, steuernde und kontrollierende Funktion wahrgenommen. Dabei fungierte die Gruppe Hochbau als Controllingstelle für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 25, 34, 39 und 42. Die Gruppe Tiefbau führte das Controlling für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 29, 31, 33 und 49 durch. Seitens der Gruppe Planung wurde bei der Kontrakterstellung 2004 für die Magistratsabteilungen 18, 19, 21A, 21B und



41 mitgewirkt. Die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik wirkte an der Erstellung der Kontrakte für die Magistratsabteilungen 22, 36, 37, 45 und 68 mit und fungierte als Controllingstelle für die abgeschlossenen Kontrakte der Magistratsabteilungen 36 und 68. Weiters wurden die zugewiesenen Controllingaufgaben unter anderem auch im Zuge des Berichtswesens für die Kontrakte 2003 wahrgenommen.

Parallel zum Kontraktmanagement wurde das Berichtswesen für den Bereich Bauten und Technik weitergeführt, wobei die erforderlichen Datenerhebungen durchgeführt und insgesamt vier Quartalsberichte erstattet wurden.

An Einstellgesprächen für Bedienstete des höheren technischen Dienstes und technischen Fachdienstes wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten mitgewirkt.

## Gruppe Hochbau

Im Berichtsjahr wurden für 15 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 97,3 Mio. EUR Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen vorbereitet und durchgeführt. Insbesondere sind hierbei die weiterführenden Sanierungsarbeiten der Columbarien zur Friedhofskirche im Zentralfriedhof, die Errichtung eines Tiefspeichers im Rathaus, die Generalsanierung und den Zubau für das Amtshaus im 9. Bezirk sowie für die Errichtung eines Nationalparkhauses in der Lobau zu nennen. Die Genehmigungen erfolgten unter besonderer Beachtung planerischer, technischer, funktioneller, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte und sind in einer Projektdatenbank über erfolgte Wirtschaftlichkeitsbesprechungen dokumentiert.

Weiters wurde an Projektvorbereitungen der Schulraumkommission sowie an Raumprogrammbesprechungen teilgenommen.

Koordinierende Tätigkeiten waren z. B. im Zusammenhang mit Maßnahmen für die Sanierung der Kirche am Steinhof, der Urania, deren Vollendung im Berichtsjahr erfolgte, der Erhaltung und Revitalisierung des Schlosses Neubäu und der künftigen Entwicklung der Stadt des Kindes erforderlich.

Im Rahmen der Koordinierung und Steuerung des Schulbauprogramms 2000 mit rund 100 Projekten und einem Gesamtinvestitionsvolumen von 800 Mio. EUR wurden drei Neubauten von Volksschulen mit angeschlossenem Kindertagesheim fertig gestellt und in Betrieb genommen. Im parallel zum Schulbauprogramm 2000 verlaufenden Generalsanierungsprogramm mit 32 Bauvorhaben und Gesamtkosten von 100 Mio. EUR konnten drei Schulen fertig gestellt werden und es wurden weitere Bauten in Angriff genommen. Für zwei Generalsanierungen erfolgte die Projektgenehmigung.

Im Zuge der aktuellen organisatorischen Reformschritte im Bereich des Hochbaus wurde an der Neuorganisation des Immobilienmanagements der Stadt Wien und Neugestaltung der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement mitgearbeitet, wobei Aufgaben und Strukturen der Magistratsabteilungen 23, 24 und 32 zusammengeführt und die Übernahme der wesentlichen Aufgaben der MA 40 durch die MA 69 abgeschlossen wurden. Weiters wurde an der Neuordnung der Organisationsstruktur der Wiener Bäderverwaltung sowie an der Prüfung der Möglichkeit der Zusammenlegung der MA 43 mit der Bestattung Wien mitgewirkt.

Im Berichtsjahr erfolgte überdies eine Erweiterung des Aufgabenumfanges der Gruppe in Belangen des Hochbaus auf sämtliche mit technischen Angelegenheiten auf dem Gebiet des Hochbaus befassten Dienststellen der Stadt Wien. Als Juryteilnehmer bei Planungswettbewerben und Gutachterverfahren zum Schulbau- und Wohnbauprogramm sowie für Kindertagesheime und sonstige Nutzbauten wurde an der Umsetzung der Ziele der Stadtplanung aktiv mitgewirkt.

Zur Verbesserung der Kommunikation im gesamten Bereich des Hochbaus wurden die Themenschwerpunkte „Dienstanweisung für die projektorientierte Abwicklung von Baumaßnahmen 2003 – DAB 2003“, „Wirtschaftlichkeitsbesprechungen – Projektdatenbank“ sowie „Kostenmanagement nach ON B 1801-1“ für die Darstellung im Intranet aufbereitet und somit abgestimmte Informationen allen Dienststellen zugänglich gemacht. Das bereits großflächig eingeführte EDV-Programm „Kostenmanagement“ zeigte erste Erfolge im Bereich der Projekt- und Kostensteuerung.

Weiters wurden die Tätigkeiten im Rahmen des Projektes „ÖkoKauf Wien – Projektgruppe für umweltgerechte Leistungen“, zur Ökologisierung im Beschaffungswesen und damit zur Unterstützung der Klimaschutzziele Wiens, weitergeführt.

## Gruppe Tiefbau

Im Berichtsjahr erfolgte unter anderem die Koordinierung von Baumaßnahmen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen, wobei umfangreiche Arbeiten zur Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen und der Belastungen für die Anrainer zeitlich und technisch abgestimmt wurden. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag in der Vorbereitung und Durchführung von 16 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen, wobei 24 Projekte mit einem Gesamtvolumen von etwa 368 Mio. EUR nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten positiv beurteilt worden sind. Weiters erfolgte die Mitwirkung bei der Budgetplanung zwischen Bund, Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungs AG, Land und Bezirken betreffend die zur Gruppe gehörigen Magistratsabteilungen. Im Rahmen der Umsetzung der „Verlängerung“ der Bundesstraßen konnte bei der Schaffung der rechtlichen Voraus-

setzungen für die „Förderung von Schallschutzfenstern an Hauptstraßen B“ und bei der „Festlegung der Kostentragung für Arbeiten der Einbautendienststellen im Bereich der Hauptstraßen B“ federführend mitgearbeitet werden.

Neben Koordinierungstätigkeiten im Zusammenhang mit Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG, wie u. a. der Bahnhofsoffensive, der schalltechnischen Sanierung der Bahnstrecken in Wien und dem Lainzer Tunnel, ist auch die Mitwirkung der Gruppe bei der Gestaltung der Förderungsbedingungen im Rahmen des **Arbeitskreises „Siedlungswasserwirtschaft“** des Bundes und der Länder, welcher auf Grund des Umweltförderungsgesetzes eingerichtet wurde, hervorzuheben.

In den 29 Stadterweiterungsgebieten wurden die Koordinierungsaufgaben bei Planung und Umsetzung der technischen Infrastrukturmaßnahmen samt Budgetvorsorge und -kontrolle weitergeführt, der Grunderwerb von gewidmeten Verkehrsflächen unter Beiziehung der Rechtsdienststellen festgelegt und zusätzliche Stadterweiterungsflächen in den Bezirken 21, 22 und 23 einvernehmlich mit der Finanzverwaltung in die Gesamtkoordination aufgenommen. Für die **Infrastrukturkommission** wurde der Anteil der technischen Aufschließung für 24 Stadtentwicklungsprojekte mit 5.758 Wohneinheiten (WE) ausgearbeitet. Weitere 33 Wohnbauprojekte mit 6.728 WE befinden sich in der Realisierungsphase.

Als neue Aufgabenbereiche ergaben sich Projektkoordinationen im Bereich des „Kunstplatz Karlsplatz“ und betreffend „Vorbereitung der Technischen Infrastruktur und Verkehrsorganisation für die Fußballeruropameisterschaft 2008“.

#### Gruppe Planung

Schwerpunkt im Sinne der strategischen Steuerung war im Jahr 2003 die Koordinierung der Vertiefung von Umsetzungsstrategien ausgesuchter Themenfelder sowie die Aktualisierung des im Jahr 2000 fertig gestellten „Strategieplans für Wien“. Betreffend den bis zum Jahr 2005 zu erstellenden Stadtentwicklungsplan wurde u. a. zu den Themen „Wirtschaftsentwicklung/Zentren“ und „Mobilität“ mitgewirkt. Im Bereich der Erstellung von Entwürfen für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wurde auf erweiterte Bürgernähe geachtet. Das gesetzte Ziel, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das gesamte Wiener Stadtgebiet bis 2006 zu überarbeiten, wird im Wesentlichen erreicht werden.

Unter Federführung der Gruppe Planung und der MA 27 wurde vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union und des internationalen Wettbewerbs der Regionen ein strukturierter multilateraler Arbeitsprozess zur Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Etablierung einer **grenzüberschreitenden Europaregion** gemeinsam mit den Bundesländern Burgenland und Niederösterreich sowie den

benachbarten Städten und Regionen Südmährens, der Westslowakei und Westungarns abgeschlossen. Ergebnis war die Unterzeichnung einer Deklaration der Landeshauptleute der Teilregionen bzw. Bürgermeister der relevanten Städte dieses Raumes zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Europaregion im September des Berichtsjahres. Bis 2005 sollen im Rahmen des **INTERREG III A-Projektes BAER** (Building a European Region) die entsprechenden Strukturen aufgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der städtebaulichen Weiterentwicklung von maßgeblichen Bahnhofsbereichen und -projekten lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten in der Vorbereitung einer Vereinbarung in Form eines „Letter of Intent“ für die Planung und Entwicklung des **„Hauptbahnhofes Wien – Europa Mitte“**, welcher als neuer zentrumsnaher Durchgangsbahnhof mit Fern- und Nahverkehrsteil im Bereich des Süd- bzw. Ostbahnhofes entstehen soll, sowie in der städtebaulichen Entwicklung des gesamten Frachtenbahnhofsbereiches samt Vorbereitung eines diesbezüglichen Planungsverfahrens für das Jahr 2004. Für den Westbahnhof wurde auf Basis der Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbes gemeinsam mit den ÖBB der Entwurf eines Masterplanes entwickelt. Im Zusammenhang mit den Planungen zum Bahnhof Wien Nord und dessen Realisierung bis Anfang 2008 auf Basis von Wettbewerbsergebnissen sowie der Verlängerung der U2 wurden Abstimmungen im Hinblick auf die Gestaltung des Vorplatzes Praterstern durchgeführt.

Des Weiteren sind die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe **„Historische Innenstadt von Wien“** zu nennen. Nach Kritiken hinsichtlich der Höhe und Volumen des in der Pufferzone des Weltkulturerbegebietes „Historische Innenstadt von Wien“ liegenden Projektes Wien-Mitte wurde Ende März beschlossen, ein neues, mit dem Weltkulturerbe kompatibles Projekt Wien-Mitte, zu erarbeiten. An der Ausschreibung und Durchführung dieses neuen Wettbewerbs wurde mitgewirkt.

Die im Wege des „Vereins Lokale Agenda 21“ in Wien im Jahr 2002 implementierte „Lokale Agenda 21“ zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung, vor allem durch neue Formen der Partizipation, wurde in fünf Bezirken im Berichtsjahr gestartet. In Hinblick auf die weitere Optimierung des Wettbewerbswesens wurde u. a. ein Leitfaden mit dem Titel „Grundlagen für Wettbewerbe auf dem Gebiet der Architektur und des Städtebaus“ entwickelt und publiziert.

Weiters wurde am Verfahren **„Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nord-Osten Wiens“** („SUPER NOW“) mit dem Ziel, verschiedene Szenarien einer umweltverträglichen und nachhaltigen Raum- und Verkehrsentwicklung im 21. und 22. Bezirk zu entwickeln und hinsichtlich ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen zu untersuchen und zu vergleichen, mitgewirkt.

Die MD-BD war auch an der Erstellung des „Masterplans Verkehr Wien 2003“ und eines neuen Schnellbahnkonzeptes sowie an der Vorbereitung eines Antrags auf Förderung des INTERREG III A Schirmprojektes CENTRAL (Central European Nodes for Transport and Logistics) beteiligt.

Die in der „Kommission für Parkraummanagement“ zu beratenden Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumsituation in Wien wurden weiter diskutiert und konkretisiert. Aufbauend auf den zu Beginn des Berichtsjahres vorgelegten Ergebnissen umfassender Erhebungen und Befragungen zum Thema „Parken in der Umgebung der Wiener Stadthalle“ wurde die Vorbereitung eines Pilotversuches vorangetrieben, welcher in der Umgebung der Stadthalle die Erprobung eines neuen Modells der Parkraumbewirtschaftung beinhaltet. Dieses neue Modell sieht die Vorschreibung einer Abgabe für das Parken im öffentlichen Straßenraum zu bestimmten Zeiten, jedoch ohne Beschränkung der zulässigen Parkdauer, vor.

Im Mediationsverfahren „Flughafen Wien“ (viemediation.at) wurde im Mai des Berichtsjahres zwischen den Verfahrensparteien ein erster Teilvertrag bezüglich Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Fluglärmsituation abgeschlossen. Durch die gemäß diesem Teilvertrag bereits ab Anfang 2004 zur Umsetzung gelangenden Maßnahmen wird die Fluglärmsituation in Wien entscheidend verbessert werden. Im Herbst des Berichtsjahres begann die Vorbereitung der Verhandlungen bezüglich der zur Sicherstellung einer optimalen Abwicklung des künftig zu erwartenden Passagieraufkommens zu treffenden Maßnahmen.

## Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik

Auch im Jahr 2003 wurde bei der Handhabung und Koordination der bautechnischen, gewerbeteknischen, feuerpolizeilichen und umwelttechnischen Vorschriften mitgewirkt und diesbezüglich grundsätzliche Entscheidungen getroffen. Im baubehördlichen Bereich wurden insbesondere Entscheidungen der Bauoberbehörde hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf baubehördliche Verfahren überprüft. Weiters wurden Bauansuchen betreffend Großbauvorhaben, besonders schwierige Bauvorhaben und solche, die den Bebauungsbestimmungen nicht vollständig entsprechen, beurteilt und einer Entscheidung zugeführt. Die Gruppe hat auch federführend an der aktuellen Organisationsuntersuchung der MA 37 mitgearbeitet.

Im Rahmen der Koordination der umwelttechnischen Dienststellen hat die Gruppe dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen und Projekte nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Mitgewirkt wurde u. a. bei der technischen und budgetären Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal, bei der Umsetzung der Altlastsicherungsprojekte „Siebenhirten“, „Lobau“ und „Mobil“, bei der Koordination der Donauhochwasserschutzprojekte, bei der Festlegung einer einheitlichen auf eine

Magistratsdienststelle konzentrierten Kompostwirtschaft, bei der Festlegung optimierter Reinigungsstandards für den öffentlichen Raum, bei strategischen Festlegungen der Abfallvermeidung, bei der Beratung von Entsorgungsproblemen, bei Altlastenerkundungs- und Sanierungsfragen sowie beim Projekt „ÖkoKauf“.

Mitarbeiter der Gruppe haben als Vertreter der Stadt Wien beim Projekt zur Harmonisierung der Bauordnungen Österreichs im Österreichischen Institut für Bautechnik mitgewirkt. Weiters wurden Koordinationsgespräche der Baubehörde mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie mit der Wirtschaftskammer Wien – Landesinnung Wien der Baugewerbe durchgeführt.

## Dezernat 1

Der Aufgabenbereich des Dezernats 1 der MD-BD umfasst die allgemeinen und EU-Angelegenheiten sowie die technische Fachaufsicht und das Prüfungswesen. Betreffend den Themenkreis „Europäische Union“ erfolgte die Mitwirkung in den Beiräten zu den EU-Förderprogrammen Ziel 2 und Urban II sowie im Rahmen der Projektvorbereitungen zum INTERREG IIIB CADSES Projekt UTN II (Urban Technology Network Phase II). Im Rahmen der Tätigkeiten betreffend Förderungen der EU wurde u. a. ein Erfahrungsaustausch mit bautechnischen Dienststellen in Bezug auf deren Projekt- und Programmbeiträgen durchgeführt.

Die in Vereinen und Institutionen im In- und Ausland nominierten Vertreter/innen der technischen Dienststellen wurden evident gehalten. Hinsichtlich des Österreichischen Normungsinstituts und der Österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr wurde auch die Delegation der Bediensteten durch das Dezernat 1 wahrgenommen. Weiters wurden Stellungnahmen zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen. Durch das Dezernat wurden weiters Sonderaufgaben des Baudirektors sowie fachbereichsübergreifende Angelegenheiten interdisziplinär durchgeführt. Die Diensterteilung und Organisation bzw. fachliche Betreuung für den Permanenzdienst der Magistratsdirektion und den Veranstaltungsstättenaufsichtsdienst wurde wahrgenommen. Im Rahmen des Berichtswesens aus dem Bereich Bauten und Technik an den Magistratsdirektor erfolgte die Koordination und Betreuung der bautechnischen Dienststellen sowie die quartalsmäßige Berichterlegung.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich lag in der Abnahme von **Befähigungsprüfungen für das Baugewerbe**. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurde an Ziviltechnikerprüfungen mitgewirkt. Die technische Fachaufsicht wurde durch Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das dem Bereich Bauten und Technik

zugewiesene technische Personal wahrgenommen. Dem Dezernat obliegen auch die Bearbeitung der Budgetangelegenheiten für die gesamte MD-BD sowie die Erledigung von Personalangelegenheiten für sämtliche Mitarbeiter/innen der MD-BD.

#### Dezernat 2

Das Dezernat 2 der MD-BD ist für die grundsätzlichen Angelegenheiten der Koordination sämtlicher EDV-Aktivitäten sowie für die Organisation von Verwaltungsvorgängen im technischen Bereich zuständig und unterstützt die Dienststellen im Bereich Bauten und Technik z. B. hinsichtlich Projektmanagement und „New Public Management“. Im Berichtsjahr wurden insbesondere bei folgenden Projekten bedeutende Entwicklungsschritte gesetzt:

- **Informationssystem Bauen (ISBA):** Die neu entwickelte Softwaregeneration im Bereich Ausschreibung-Vergabe-Abrechnung (AVA) wurde in einigen Pilotdienststellen eingesetzt.
- Hierzu und für den folgenden, flächendeckenden Einsatz waren umfangreiche Abnahme- und Einsatztests notwendig.
- **Allgemeine Angebots- und Vertragsbestimmungen:** Die Arbeiten an den zugehörigen Erlässen auf Basis des Bundesvergabegesetzes 2002 und der ÖNORMen-Generation 2002 wurden abgeschlossen.

Ergänzend zur umfangreichen Beratungstätigkeit für die Dienststellen in Vergabe- und Vertragsangelegenheiten und der diesbezüglichen Mitarbeit an Projekten und Arbeitskreisen der Stadt Wien wurde ein Arbeitsbehelf erarbeitet, welcher im Intranet (<http://www.intern.magwien.gv.at/mdbd/info/aw/>) zur Verfügung steht.

Zur Unterstützung der Dienststellen bei dem in Zukunft vermehrt zu erwartenden Einsatz von **Public-Private-Partnership-Projekten** wurde ein Leitfadens zur Projektabwicklung ausgearbeitet.

#### Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung

Im Rahmen der **Infrastrukturkommission (ISK)** wurde die Arbeit an der Schaffung der Voraussetzungen für die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur sowie die Koordination der dafür zuständigen Dienststellen in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurde der Geschäftsstelle auch die Wahrnehmung der Bürogeschäfte der Kommission des Stadtbaudirektors übertragen. So wurden in den Arbeitssitzungen der ISK, unter Vorsitz des Stadtbaudirektors, im Berichtsjahr 38 Wohnbauprojekte mit 11.538 Wohneinheiten (WE) einer Bewertung vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur unterzogen. Damit wurden seit Konstituierung der Infrastrukturkommission 478 Projekte mit insgesamt 122.440 WE behandelt. Mit Jahresende sind davon 231 Bauvorhaben mit 56.043 WE fertig gestellt. 33 Wohnbauprojekte mit 6.728 WE befinden sich in der Realisierungsphase.

Im Zuge der Steuerung von **Stadterneuerungsprozessen und -projekten** stand weiterhin die Sicherung der hohen Qualitätsstandards bei der Erneuerung der innerstädtischen Bereiche im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung vorhandener Instrumente und die Entwicklung strategisch wichtiger Impulsprojekte wurden dabei initiiert, zentral gesteuert und begleitet. Im Rahmen der strategischen Steuerung der Aufgaben der Gebietsbetreuungen wurde die Umsetzung der Ergebnisse einer diesbezüglichen Aufgabenevaluierung aus dem Jahr 2000 abgeschlossen und mit den neuen Stadtteilmanagements im 2., 4., 7., 16., 17. und 20. Bezirk Pilotversuche für die künftige Ausrichtung der Aufgaben der Wiener Gebietsbetreuungen eingeleitet bzw. gestartet.

Im Sinne der umfassenden Aufgabenstellung der Stadterneuerung wurde die Entwicklung des Programms zur Revitalisierung von Einkaufsstrassen inklusive dem Aufbau von geschäftsgruppen- bzw. magistratsübergreifenden zentralen und lokalen Organisationsstrukturen weitergeführt und bereits Erneuerungsprojekte eingeleitet.

Zu den der Geschäftsstelle zugewiesenen Aufgaben gehört auch das Betreiben von Maßnahmen zur Förderung von **Garagenprojekten**, die Koordinierung von **Park & Ride-Anlagen** und die Erarbeitung des Garagenprogramms. Im Berichtsjahr wurden sechs gewerbliche Garagen mit 1.299 Pkw-Stellplätzen und 25 Bus-Stellplätzen fertig gestellt. Sechs Garagen mit insgesamt 2.458 Stellplätzen sind in Bau bzw. wurden bis zur Baureife vorbereitet. Für 31 weitere Standorte mit insgesamt 5.970 Stellplätzen und 50 Bus-Stellplätzen wurden Planungsüberlegungen verfolgt.

Eine **Park & Ride-Anlage** mit 320 Stellplätzen ging in Betrieb. Für weitere 15 **Park & Ride-Standorte** mit insgesamt 9.840 Stellplätzen wurden Planungsüberlegungen weitergeführt bzw. stehen in Diskussion. Im Berichtsjahr erfolgte weiters die Mitarbeit am „Masterplan Verkehr 2003“ durch Leitung der Arbeitsgruppe „Ruhender Verkehr“.

Im Rahmen der von der Geschäftsstelle federführend betriebenen Grundstücksbesprechung wurde in Liegenschafts- und Immobilienangelegenheiten mit dem Ziel agiert, stadtentwicklungspolitische sowie ökonomische Interessen und Zielsetzungen abzuwägen um sie zu einem einvernehmlichen, optimalen Ergebnis zu führen. Als Folge der Schaffung des Wiener Liegenschaftsmanagements und des Wiener Bau- und Gebäudemanagements wurde ein Konzept für eine Neupositionierung von Strategie, Funktion und Organisation der Grundstücksbesprechung entwickelt.

Im Berichtsjahr wurden zu insgesamt 14 beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen Raumprogrammvorbesprechungen und -besprechungen mit einer Gesamtnutzfläche von 11.735 m<sup>2</sup> durchgeführt.

Das Lagerplatzkonzept zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung technischer Abteilungen wurde abgeschlossen. Die Mitwirkung an der Erstellung von Standardraumprogrammen des Wiener Krankenanstaltenverbundes, sowie die federführende Koordinierung einer Reihe von Sonderprojekten, wie z. B. Islamischer Friedhof und Chinesisches Kulturzentrum, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

## Projektleitstelle

Die Projektleitstelle befasste sich unter anderem mit der Abwicklung von Bauprojekten in Stadtentwicklungsgebieten, mit der Koordination der vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektverantwortlichen und der Mitwirkung bei der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen. Daneben wurden verschiedene Sonderprojekte betreut:

- Das aus Mitteln der Europäischen Kommission geförderte Projekt „RUMBA – Richtlinien für eine umweltfreundliche Baustellenabwicklung“ wurde intensiv weiter betrieben. So wurden z. B. ein Baulogistikplatz im 23. Bezirk eingerichtet, zwei weitere (2. und 10. Bezirk) vorbereitet und Ergebnisse von RUMBA im Kapitel Citylogistik im Masterplan Verkehr 2003 etabliert. Weiters entwickelten die Österreichischen Bundesbahnen auf Basis der bisherigen Grundlagenarbeit ein Baulogistikzentrum für die Baumaßnahmen des zukünftigen Bahnhofes „Wien-Europa Mitte“ und führte der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds die erste Stufe eines Bauträgerauswahlverfahrens mit Schwerpunktthemen aus „RUMBA“ für den Bau von 500 Wohnungen erfolgreich durch.
- Im Projekt „ÖkoKauf Wien“ konnten weitere Kriterienkataloge erarbeitet und im Internet veröffentlicht werden.
- Mit dem Österreichischen Normungsinstitut wurde eine Rahmenvereinbarung über den Vertrieb von Informationsprodukten über die ökologische Beschaffung unterzeichnet. Mustertexte für umweltgerechte bauspezifische Leistungsbeschreibungen (für den Tiefbau), werden als erstes Produkt als ONR 22251 (ON-Regel) verkauft.
- Ein Kinderfilm mit dem Titel „Mamamio alles Bio“ zum Einsatz in Volksschulen und Kindertagesheimen in ganz Österreich wurde produziert. Dieser Film zeigt den Einfluss von biologischen Lebensmitteln auf den Klimaschutz und wird über die Landeslichtbildstellen verteilt.
- Für die „green week“ in Brüssel wurde durch die Europäische Kommission ein ca. 7-minütiges Video „Public Procurement Going Green“ über ÖkoKauf Wien gedreht.
- Für das Kontrollamt der Stadt Wien, für die vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektkoordinatoren und für die Musiklehranstalten der Stadt Wien wurden Schulungen in Projektmanagementmethoden abgehalten und Moderationen für die Workshops der MD-Klimaschutzkoordinationsstelle zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms und für die

EDV- und Informationsangelegenheiten der MD übernommen.

- Für die Stadtbaudirektion wurde federführend ein Entwurf „Stadtbaudirektion als projektorientierte Organisation“ erarbeitet, welcher u. a. bei der durch den Magistratsdirektor beauftragten Aufstellung von Projektmanagementstandards für den Magistrat der Stadt Wien herangezogen wird.

## Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr lag im Gender Mainstreaming. In Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 18 und 57 wurde ein Weiterbildungsangebot „Planspiel Gender City“ entwickelt, welches sich an Akteure und Akteurinnen inner- und außerhalb der Magistrats richtet. Im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen erfolgte für die betroffenen Dienststellen die Einführung und erste Informationen über das Projekt „Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf“. Gleichzeitig fand ein strategischer Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene sowie die Ausweitung und Intensivierung der Information zum Thema Gender Mainstreaming für ein breiteres Publikum statt.

Auf dem Gebiet der Verkehrsplanung wurden im Rahmen des Projektes Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf „Runde Tische“ und ein Workshop zum Thema „Schanigärten“ mit allen beteiligten Dienststellen mit dem Ziel, einheitliche und gut nachvollziehbare Kriterien für die Genehmigung im Sinne eines ungestörten Fußgänger/innenverkehrs auszuarbeiten, durchgeführt.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Weiterführung des strategischen Projektes „Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen“ dar, die mit einem Kinderbeteiligungsverfahren im Alois-Drasche-Park und mit der Begleitung der Umsetzung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens „Odeongasse“ in die Detailplanung erfolgte.

Im „Lokale Agenda (LA) – Beirat“ wurden die Anliegen des Gender Mainstreaming bei der Erstellung des Grundsatzpapiers und in den Hearings für die Auswahl der LA 21 – Träger in den einzelnen Bezirken vertreten. Die Mitarbeit am Masterplan Verkehr erfolgte u. a. im Rahmen des Projektes „Gender Mainstreaming Pilotbezirk Mariahilf“ durch Umlegung eines Szenarios des Masterplan Verkehrs auf den 6. Bezirk.

Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus in vier Bauträgerwettbewerben 873 Wohnungen mitbeurteilt und 57 zur Förderung eingereichte Wohnbauprojekte mit 2.921 Wohnungen für den Grundstücksbeirat des WBSF geprüft.

## Geschäftsstelle Landesforstinspektion

Die Hauptaufgaben umfassen Amtssachverständigentätigkeiten in Angelegenheiten der

Forstwirtschaft, der Jagd und der Fischerei, wobei die Haupttätigkeit in der Begutachtung von Rodungsansuchen, in der Waldfeststellung, in der periodischen Festlegung der Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete sowie der Fischereireviere im Bundesland Wien besteht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der laufenden Kontrolle des Waldzustandes.

#### Referat Sonderaufgaben

Das Referat Sonderaufgaben wurde mit 1. August 2003 eingerichtet. Es wurden schwerpunktmäßig die Themen Verkehrsmanagement, Koordinierung der Aktivitäten im Bereich Donaukanal und die Mitwirkung an der Projektentwicklung für die Netzerweiterung des Autobahn- und Schnellstraßennetzes in Wien betreut.

Im Bereich Verkehrsmanagement wurde bezüglich Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften Wien und Niederösterreich mit den Bundesministerien für Inneres (BMI) und für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) sowie mit der Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungs-AG (ASFINAG), den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) und den Wiener Linien an der Ausarbeitung eines Kooperationsübereinkommens bis zur Unterschriftsreife mitgewirkt.

Bezüglich Koordinierung der Aktivitäten am Donaukanal wurden folgende Projekte vorangetrieben:

- Überbauung der Stadtbahnbögen Spittelau (Zaha Hadid-Projekt)
- Projekt Wildwasser bei der Schemmerlbrücke in Nussdorf
- Projekt „Riviera Vienna“
- Erweiterung Flex
- Neustrukturierung Summer Stage
- Neuer Zugang zum Donaukanal im Bereich der Liegenschaft Praterstraße 1-3.

Im Bereich Netzerweiterung des hochrangigen Straßennetzes wurden bezüglich Donauquerung ein Expertenhearing abgehalten sowie der Variantenvergleich für die Trassenführung zwischen Knoten Lobau und Knoten Süßenbrunn betreut.

Die Ausarbeitung des im November beschlossenen Masterplans Verkehr wurde mitbetreut. Außerdem wurden Expertisen zu verkehrspolitischen Fragen insbesondere zum Transitverkehr und ÖBB-Reform erarbeitet. Auch die Überarbeitung des bestehenden Werkvertrages zwischen ASFINAG und Stadt Wien bezüglich Durchführung der baulichen und betrieblichen Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes wurde vom Referat mitbetreut.

#### Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB)

Kernaufgaben der MD-AB waren auch 2003:

- Die Koordination unterschiedlicher Dienststellen bei internationalen Auftritten
- Die Wahrnehmung Wiener Interessen bei

Städtenetzwerken und Kongressen

- Die Betreuung der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie
- Die Abwicklung der Auslandshilfe der Stadt Wien.

Neben all diesen Aufgaben ist die MD-AB auch Servicestelle für die unterschiedlichsten Anliegen der Dienststellen, ausländischer Besucher und Institutionen. 2003 sind in der MD-AB 3.189 Schriftstücke eingelaufen und 2.228 Schriftstücke per Post oder E-Mail versendet worden. In der von der Abteilung geführten Delegationsliste wurden 286 Delegationen, welche Einrichtungen der Stadt Wien besuchten, mit insgesamt 3.913 Fachbesuchern eingetragen.

#### Wien-Präsentationen

##### Berlin

Im März 2003 war die Stadt Wien in Berlin im Sony Center mit einer großen Wirtschaftsveranstaltung „Wien – Berlin, Wirtschaftsregionen und ihre Synergien“ in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Michael Häupl, dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien Senator Walter Nettig präsent. Workshops des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zu den Themen EU-Erweiterung, Biotechnologie sowie Multimedia und IT ergänzten die hochkarätige Veranstaltung.

##### Krakau

Im Juni 2003 wurden in Krakau die „Wien-Tage“ vom Wiener Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny feierlich eröffnet. Im Rahmen dieses Festivals wurden Veranstaltungen wie die Fotoausstellung „Bilder von Wienern“ gezeigt und ein Konzert des „Jazztrios“ sowie ein Open Air Konzert des „Wiener Opernball Orchesters“ geboten.

Darüber hinaus wurden die Ausstellungen „Wiener Stadt- und Umwelttechnologien“ sowie „Best Practices – ein internationaler Städtevergleich“ gezeigt. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds veranstaltete einen Umwelttechnologie-Workshop mit Experten der Gastgeberstadt.

##### London

Ebenfalls im Juni präsentierte Bürgermeister Dr. Michael Häupl Wien bei einer Veranstaltung unter dem Motto „Vienna, Bridge to a new Europe“ im House of Commons des Londoner House of Parliaments. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds konnte im Rahmen einer großen Zielgruppenveranstaltung „Wien – London Wirtschaftsregionen und ihre Synergien“ in einem neuen Europa über 100 interessierte Fachleute begrüßen. Bürgermeister Dr. Michael Häupl und der Präsident der Wirtschaftskammer Wien, Senator Walter Nettig waren Gastgeber eines glanzvollen Abendempfanges in der Great Hall, einem renommierten Londoner Klub.

## New York

Ende September fand in New York eine große Wien-Präsentation im Plaza Hotel statt. Der Präsident der Wirtschaftskammer Wien, Senator Walter Nettig, eröffnete unter anderem eine große WIEN-PRODUCTS-Ausstellung anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Wiener Werkstätten und war Gastgeber eines Wien-Abends im Österreichischen Kulturinstitut.

## Weihnachtsaktivitäten

In Zusammenarbeit mit dem WTV wurde im November von der zweiten Landtagspräsidentin Prof. Erika Stubenvoll ein kleiner Weihnachtsmarkt in Rom eröffnet. Im Dezember überreichte Stadträtin DI Isabella Kossina der Olympiastadt Athen einen Wiener Christbaum als Geschenk der Stadt Wien.

## Städtekooperationen und Netzwerke

### Organization of World Heritage Cities

Mit Unterstützung der MD-AB ist es der Stadt Wien gelungen, die drohende Aberkennung des von der UNESCO verliehenen Prädikats „Weltkulturerbe“ für das historische Zentrum von Wien zu verhindern. Im Oktober wurde vom Vertreter der UNESCO Herrn Prof. Francesco Bandarin die Urkunde der UNESCO über das Weltkulturerbe „Historisches Zentrum von Wien“ Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl überreicht.

Städte, die mit dem von der UNESCO verliehenen Prädikat „Weltkulturerbe“ ausgezeichnet sind, müssen in all ihren Aktivitäten auf die besonderen Bestimmungen der UNESCO-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt Bedacht nehmen. 2003 wurde die Stadt Wien Mitglied dieser Organisationen, der 80 Städte aus 72 Staaten angehören.

### Capital Cities – Europäisches Städtenetzwerk

Im März fand in Budapest die 5. Konferenz dieses Europäischen Städtenetzwerkes statt, an der Vertreter/innen der 15 Hauptstädte der EU-Beitrittskandidatenländer sowie Berlins und Wiens teilnahmen. Für Wien hatte daran in Vertretung von Bürgermeister Dr. Michael Häupl Planungsstadtrat DI Rudolf Schicker teilgenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Erklärung, die sich besonders mit den künftigen Strukturfonds der Europäischen Union beschäftigt und eine stärkere Berücksichtigung der Städte fordert.

Die Wien-Berlin-Initiative „Capital Cities for EU Enlargement“ wurde auf Bürgermeisterebene im September in Riga fortgesetzt. Das Thema war diesmal „Security in an Enlarged Europe“ mit Schwerpunkt Organisierte Kriminalität und Bekämpfung des Terrorismus in Städten. Herr Gemeinderat Mag. Schieder vertrat Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl bei dieser Konferenz.

## Airport Regions Conference (ARC)

Die Halbjahreskonferenz der ARC fand im Juni 2003 in Vantaa/Helsinki statt. Die Stadt Wien war auch im politisch besetzten Executive Committee durch Herrn Gemeinderat Erich Valentin vertreten. Im Rahmen der Jahreskonferenz im November 2003 in Dublin wurde das Wiener Mediationsverfahren, welches auf Grund der Erweiterung des Wiener Flughafens Anwendung findet, vorgestellt.

## Konferenz der Union der Zentral- und Südost-europäischen Hauptstädte in Podgorica/Montenegro

Bei dieser Konferenz wurde Bürgermeister Dr. Michael Häupl durch Herrn Gemeinderat Dr. Troch vertreten. Er sprach zum Thema Strategie und Stadtentwicklung.

## Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Wien ist im Vorstand dieser 210 europäischen Regionen umfassenden interregionalen Organisation. Äußerst erfolgreich verlief die Jugend-Sommerschule in Neapel, die von Wien mitorganisiert wurde. Auf der Hauptversammlung im Dezember in Poznań/Polen hat sich Wien bereit erklärt, gemeinsam mit Niederösterreich die Hauptversammlung 2004 in Wien auszurichten.

## Liga der Historischen Städte (LHC)

Bei der Weltkonferenz im Oktober in Montréal/Kanada hat ein Referent der Stadt Wien zu dem Thema „Schutz des historischen Erbes in Städten“ berichtet.

## Internationale Organisationen in Wien

### European Space Policy Institute (ESPI)

Die Stadt Wien leistete gemeinsam mit dem Bund einen finanziellen Anteil für die Ansiedlung des ESPI in Wien.

### Vienna Service Office (VSO) im Vienna International Centre

Das VSO bietet den UN-Mitarbeiter/innen und deren Familien kostenlose Information und Hilfestellung zu Fragen und Problemen des täglichen Lebens, um diesen die Integration in Wien zu erleichtern. Um den Bekanntheitsgrad des VSO zu steigern, wurde zweimal 2003 ein „Hospitality Afternoon“ in der Rotunde des VICs veranstaltet, wo Mitarbeiterinnen der MD-AB über die Tätigkeit des VSO informierten.

### Learning Your Way in Vienna

Im Frühjahr und im Herbst fand zweimal wöchentlich für jeweils ca. 30 UNO-Mitarbeiter/innen und deren Familien ein mehrmonatiger Deutschkurs statt.

#### Premiers mots, premiers pas à Vienne

Für die „Amicale des Femmes Francophones“ wurde ein ebensolcher mehrmonatiger Kurs einmal wöchentlich veranstaltet.

#### Orientation Course

Viermal jährlich wurde eine halbtägige Informationsveranstaltung für neue UNO-Mitarbeiter/innen und deren Familien durchgeführt. Diese beinhaltet eine Stadtrundfahrt, eine Führung durch das Rathaus und Vorträge über das Vienna Service Office, die medizinische Betreuung in Wien, Internetservice und Sicherheitsaspekte.

#### Internationales Jahr des Süßwassers

Das Internationale „Symposium on Isotope Hydrology and Integrated Water Resources Management“ der IAEA wurde im Mai von Stadträtin DI Isabella Kossina eröffnet. Im Oktober überreichte Bürgermeister Dr. Michael Häupl einen von Hans Dietrich gestalteten Trinkbrunnen als Geschenk der Stadt Wien zum Jahr des Süßwassers 2003 an die in Wien ansässigen UN Organisationen.

#### Auslandshilfe

- 2003 unterstützte die MD-AB mit finanziellen Mitteln Hilfsprojekte in Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Indien, Irak, Israel, der Mongolei, Pakistan, Rumänien, Serbien und Montenegro, Südafrika und der Ukraine.
- Die amtsführende Präsidentin des Stadtschulrates für Wien Dr. Susanne Brandsteidl eröffnete in Belgrad Kinderspielplätze, welche von der Stadt Wien finanziert wurde.
- Rettungswägen, Hubkranfahrzeuge, Geländefahrzeuge und Feuerwehrfahrzeuge sind an kommunale oder caritative Einrichtungen in Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien und Montenegro und nach Syrien gespendet worden.
- Spitalsgüter sind an kommunale oder caritative Einrichtungen in Afghanistan, Angola, Belarus, Bulgarien, Indien, Irak, Nigeria, Polen und der Ukraine gespendet worden.
- Das Allgemeine Krankenhaus Wien hat eine Gammakamera, mit welcher Knochentumore diagnostiziert werden können, dem onkologischen Gemeindespital in Sofia zur Verfügung gestellt. Die Gammakamera wurde mit finanzieller Unterstützung der MD-AB nach Sofia transportiert und fachmännisch wieder aufgebaut.
- Schulmöbel wurden an eine öffentliche Schule in Bosnien und Herzegowina gespendet.

#### Magistratische Bezirksämter (MBÄ)

Die Magistratischen Bezirksämter sind als bürger-nahe Außenstellen des Magistrats der Stadt Wien im Wesentlichen mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk – somit näher zu den Bürger/innen – durchgeführt werden können. Diese Aufgaben erledigen sie schnell und unbürokratisch.

Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 bis 17.30 Uhr) sind die Mitarbeiter/innen der Magistratischen Bezirksämter bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden **ziel-führende Auskünfte und Anleitungen** zu geben, wie die jeweiligen Probleme – seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. – gemeinsam mit den Bürger/innen unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der Erledigung der Anträge von Bürger/innen, die Parteien eines Verwaltungsverfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den Magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des **Kunden- und Konsumentenschutzes** die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u. a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen – die den hohen Standard des Lebensmittelrechtes in Österreich ausweisen – auch entsprechend eingehalten werden.

Zur **Beschleunigung des Kundendienstes** für die Bürger/innen stehen den Magistratischen Bezirksämtern moderne Büroorganisationsmittel zur Verfügung. Bei Augenscheinsverhandlungen außerhalb des Amtshauses werden Laptops verwendet. Vernetzung und wienweit wirkende Softwareprogramme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standort-eignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbebeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. In allen Magistratischen Bezirksämtern ist die **Gewerbebeanmeldung-online** möglich, sodass den Kund/innen zusätzliche Amtswege erspart werden. Im Übrigen wurden durch die Gewerberechtsnovelle 2002 weitere Aufgaben auf die Bezirksverwaltungsbehörden übertragen und dadurch die Ausrichtung der MBÄ auf das **One-Stop-Prinzip** weiter verstärkt.



In diesem Zusammenhang darf auch auf die Einrichtung von **Front-Offices** hingewiesen werden. Dieses Organisationsprinzip wird ständig weiter entwickelt und ausgebaut. So werden zu den bestehenden Organisationseinheiten Anfang 2004 weitere Offices im MBA 11, im MBA 22 sowie im MBA 3 entstehen. Bis 2005 sollen solche Organisationseinheiten möglichst in allen MBÄ eingerichtet werden.

Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat oder Umweltanwalt, sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der Bezirksvorsteher zwingend vorgesehen.

Das in den MBÄ eingerichtete **Unternehmerservice** in Form von **Projektsprechtagen** wurde sehr gut angenommen, wobei einmal monatlich rechtskundige Beamt/innen des Magistratischen Bezirksamtes, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter/innen der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservices gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer/innen und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit der Genehmigung von Betriebsanlagen ist den Magistratischen Bezirksämtern seit 1. Jänner 2000 auch die Genehmigung von Schanigärten (Gastgärten auf öffentlichem Grund) übertragen, um den Gewerbetreibenden und Bürger/innen zusätzliche Amtswege zu ersparen, da für beide Materien u. a. lediglich eine – gemeinsame – Augenscheinsverhandlung durchgeführt wird. Ein wesentlicher Schritt in Richtung der **Verfahrensbeschleunigung** ist die Verbindung mit dem Zentralen GewerbeRegister, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Die in und zwischen den Magistratischen Bezirksämtern verwendete moderne Büro- und Kommunikationstechnik ist nicht nur für das Arbeitstempo förderlich, sondern ist auch beträchtlich kostenreduzierend. Die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der Mitarbeiter/innen bewältigt werden kann. Die **Kundenorientiertheit** der Magistratischen Bezirksämter als dezentrale Einrichtungen wird ständig verbessert, die Verfahrensabläufe werden transparenter und die Kommunikation zwischen den Bürger/innen und den Behörden erleichtert.

Das in den Bezirksämtern eingesetzte Beschleunigungsprogramm zeigt entsprechende Erfolge. So werden – bei gründlicher Vorbesprechung – Betriebsanlagengenehmigungen innerhalb von 21 Tagen ab kompletter Einreichung erteilt. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens hat sich besonders

bewährt. Auch aufgrund dieser Erfolge konnte die Stadt Wien ihre Stellung als international gefragter Wirtschaftsstandort weiter ausbauen.

Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagement, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweise, erzeugen nicht nur zentral (wie z. B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den Magistratischen Bezirksämtern wirkungsintensivierende Effekte. So wurden mit vier Pilotbezirksämtern **Leistungskontrakte** abgeschlossen, die mit Beginn des Jahres 2004 auf alle MBÄs ausgedehnt werden. Die Zusammenfassung der Aufgaben zu Produkten und die Zuordnung entsprechender Zielvorgaben führt zu rascher und bürgerfreundlicher Abwicklung. In diesem Zusammenhang wurde mit 1. September 2003 eine interne **Controllingstelle** beim MBA 4/5 eingerichtet, die die Grundlagendaten für Personalplanung und Budgetressourcen liefern wird.

Die Magistratischen Bezirksämter erfüllen ihre Aufgaben in relativ kleinen Teams von Jurist/innen, Bediensteten des Verwaltungsdienstes (Maturant/innen) und Kanzleibediensteten unter der Leitung von erfahrenen Jurist/innen als Bezirksamtsleiter/innen.

Die Magistratischen Bezirksämter **vollziehen** insbesondere folgende **Bundesgesetze**: Die Gewerbeordnung (Erteilung von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildienstler), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsverordnung und des Bundesstraßenmautgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden **Landes- bzw. Gemeindevorschriften** kommen beispielsweise hinzu: Die Reinhaltungsverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabengesetz u. v. a.

In all diesen Bereichen sind die Magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig. Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiter/innen der Magistratischen Bezirksämter. Die Magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürger/innen vor Ort, die rasch und nahe dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort in den sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Zu den Aufgaben der MBÄ zählt seit 1. März 2002 auch das **Meldeservice**. In diesen Servicestellen werden die An- und Abmeldungen sowie Meldeaus-

künfte sofort erledigt. Die Serviceeinrichtungen stehen den Kund/innen täglich Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr zur Verfügung. Infolge der österreichweiten Einführung eines Zentralmelderegisters ist es für die Bürger/innen möglich, die Abmeldung vom früheren Wohnsitz und die Neuanmeldung in einem durchzuführen, wobei die Abwicklung über PC's erfolgt und den Kund/innen die Meldebestätigungen sofort ausgefolgt werden. An- und Abmeldungen sind im Übrigen kostenlos. Die erforderlichen Formulare (Anträge) liegen in den Bezirksämtern auf, sie sind auch im Internet abrufbar.

Mit 1. Februar 2003 wurde den MBÄ auch das **Pass- und Fundwesen** übertragen, was zu einer weiteren gewaltigen Erhöhung der Kund/innenfrequenz in den MBÄ geführt hat. Aufgrund der sehr guten Vorbereitung und Organisation konnten diese Agenden problemlos in besonders kundenfreundlicher Weise bewerkstelligt werden.

Dienst am Bürger ist heute für die Magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen Verfahren so durchgeführt werden, dass einerseits nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen werden müssen, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der Magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der Zugang zum Recht für die Bürger/innen verbessert und erleichtert wird.

Die Magistratischen Bezirksämter nutzen die Möglichkeiten der modernen Computertechnologie für die einfache und rasche Aufgabenerfüllung als Kund/innenservice. Die Möglichkeit **Wahlkarten, Stimmkarten für Volksbegehren** ebenso wie **„Parkpickerl“ per Internet** zu beantragen – auf die Gewerbeanmeldung-online wurde bereits hingewiesen – sind Beispiele dafür.

Als Überblick über die Tätigkeit der Magistratischen Bezirksämter seien in nebenstehenden Tabellen einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 2003 angefallenen Geschäftsfälle angeführt.

Sehr erfreuliche Ergebnisse für die MBÄ erbrachte auch eine Querschnittsbefragung der Wiener Bevölkerung durch ein Meinungsforschungsinstitut, wonach die Zufriedenheit der Kund/innen mit den Leistungen der MBÄ bei 78 bis 95 Prozent liegt. Dieses Ergebnis ist uns weiter Auftrag, zukunftsorientiert das Service für die Bürger/innen der Stadt auszubauen und zu verbessern.

### Administrativverfahren

An-, Ab- und Ummeldungen	544.593
Meldebestätigungen	130.309
Passausstellungen und -änderungen	101.023
Anträge betreffend „Parkpickerl“	79.599
Gewerbeverfahren	41.330
Kassenvorgänge	31.645
Religionsaustritte	11.788
Lebensbestätigungen	
(aufgrund des Ersuchens ausländischer Sozialversicherungsanstalten)	5.068
Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen	4.136
Baumschutzverfahren	3.141
wobei 2.510 Ersatzpflanzungen anzuordnen waren	
Genehmigung von Betriebsanlagen und Schanigärten	3.001
Verfahren zur Beseitigung sanitärer Übelstände	1.455
Familienunterhalt und Wohnkosten betr. Zivildienst	1.101
Kostenvorschreibungen bezüglich Autoabschleppungen	930

### Strafverfahren

Straßenverkehrsordnung	10.557
Gebrauchsabgabegesetz	9.537
Lebensmittelgesetz sowie LebensmittelkennzeichnungsVO	4.223
Ausländerbeschäftigungsgesetz	2.232
Unbefugte Gewerbeausübung	1.277
Verfahren nach der Bauordnung	1.018
Ausübung des Gewerbes ohne Geschäftsführer	671
Verfahren wegen nicht genehmigter Betriebsanlage	297
Verfahren nach dem Bundesstatistikgesetz	224
Übertretungen von Arbeitnehmerschutzbestimmungen	144
Übertretungen des Baumschutzgesetzes	90